

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voraus zahlbaren
Wiederholungspreis von:
Mk. 4.40 für Teufelshand (direkt
per Brief-Geld)
Mk. 2.75 für Cefterreich (direkt
per Brief-Geld)
Ehrl. L. — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Reuehandl.).

Instrate
die dreizehntägige Postzeit
Ehrl. L. — 25 Pfg. — 30 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Erstausg.
wöchentlich einmal
in
LONDON.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.

Verfassungen
franko gegen Franko.
Gewöhnliche Beise
nach England kosten Doppelporto.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Nr. 1.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung unserer Postvorschriften abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen eingeschrieben.

4. Januar 1890.

Alle Posteingahlungen

verlaublich man stets einfach an unsere Geschäftsadresse

E. Bernstein & Co.

Nro. 114 Kentish Town Road, London, N. W.

direkt zahlbar bei der

Kentish Town Road Post-Office.

Bei Abendung wolle man uns sofort direkt Ab-
fendername und Ort.

Aus Frankreich und Amerika sind stets die Mandats
de poste, resp. Money Orders beizulegen, da anders das
Geld hier nicht erhoben werden kann.

Posteingahlungen aus Deutschland vermeide
man.

Im Falle der Nichtbeachtung obiger Vorschriften eintretende
Weiterungen oder Verluste verantworten wir
nicht.

Der Sozialdemokrat.

1889 im Lichte der Entwicklung des Proletariats.

(Aus der Wiener „Arbeiter-Zeitung“.)

„Ein denkwürdiges Jahr geht zu Ende. Das Proletariat
geht anders aus demselben hervor, als es in dasselbe ein-
getreten. Zwei Hauptmomente sind es, welche ihm Bedeu-
tung geben. Erstens das Wiederaufleben der „Internatio-
nalen Arbeiter-Assoziation“ auf erhöhter und erweiterter Stufen-
leiter. War die alte „Internationale“ ein Bund von Ein-
zelnen, von Individuen, so hat dieses Jahr den internationalen
Zusammenhang der Massen des Proletariats, der langsam
reife, den Massen selbst erst zum Bewusstsein gebracht.

Der Pariser Sozialistenkongress hat nichts gethan, als
diesem Bewusstsein zu deutlichem Ausdruck verhelfen. Nicht
Statuten sind heute mehr nötig oder auch möglich, um das
solidarische Vorgehen des Proletariats aller Länder zu regeln.
Was vor 20 Jahren der Gedanke einzelner Männer war,
erfüllt heute die Massenbewusste Arbeiterklasse aller Länder.
Für alle zivilisierten Völker ist die eigentliche und einzige wich-
tige Frage der Klassenkampf des Proletariats geworden, und
da mit einem Schlag helles Licht auf alle die Schlachtfelder
geworfen wurde, erkannten, die lange vereinzelt rangen, plötz-
lich mit vollster Deutlichkeit, daß sie denselben Kampf kämpfen.

Wenn nach Marx die Bourgeoisie nicht leben kann, ohne
ihre eigenen Todengräber zu erzeugen, die Proletarier, so
ist sie ebenso gezwungen, ihnen die Mittel und Werkzeuge in
die Hand zu drücken, ihr Geschäft um so rascher zu besorgen.
Die märchenhafte Erleichterung des Verkehrs, vor Allem aber
die mächtigende Wirkung der Weltproduktion schafft immer
mehr an Stelle national abgegrenzter Arbeiterklassen, eine
internationale Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie kann ihr Ge-
schäft nicht international betreiben, ohne das Proletariat zu-
gleich international zu organisieren.

Der Beschluß, im nächsten Jahre den Mai als internatio-
nalen Arbeiterfeiertag zu begehen, wird ausgeführt werden.
Der 1. Mai 1890 wird zum Ausdruck bringen, daß die Ar-
beiter aller Länder darüber einig sind, daß ihr nächstes Ziel
sein muß: die Abkürzung der Arbeitszeit.

Eine zweite Erscheinung gibt dem verflohenen Jahre hohe
Bedeutung.

Unter dem Einflusse ökonomischer Faktoren, wozu vor Allem
ein theilweiser wirtschaftlicher Aufschwung in einigen Pro-
duktionsgebieten gehört, traten Arbeitseinstellungen in allen
Ländern gleichzeitig auf. Die Ursachen dieser Streiks liegen
in den Bewegungen des Weltmarkts und haben mit soziali-
stischer Beeinflussung nichts zu thun. Aber charakteristisch und
wichtig ist es, daß in allen Ländern, vorzüglich in England,
Deutschland und Oesterreich bisher vom Klassenbewusstsein
gänzlich unberührt gebliebene breite Schichten der Arbeiter-
schaft als organisierte Massen auftraten. Die Be-
wegung hat an Breite zugenommen, wie sie an Tiefe ge-
wonnen hat.

Insbesondere aber ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß
das verflohenen Jahre einen Wendepunkt in der Geschichte der
englischen Arbeiterbewegung bedeutet. Der Sozialismus
hat endlich die Führung der englischen Arbeiterklasse über-
nommen und er wird sie behalten.

So ist es heute kein unbewusstes Gähnen mehr, das die
Massen bewegt, sondern der geordnete Aufmarsch einer ziel-
bewußten, mächtig anwachsenden Armee beginnt.

Und was haben die Andern dem entgegenzustellen? So-
weit sie nicht, als schmutzige Krümer in ihr Geschäft vertieft,
gar nicht merken, was um sie vorgeht, — gibt es nur eine
einzige Antwort darauf in allen Ländern, und die ist: Po-
lizei. Polizei verkleidet in allen Gestalten; Polizei als
Justiz, Polizei als Militär, Polizei als Parlament, und
nicht zuletzt — Polizei als Wissenschaft und patriotisches
Ideal — das ist Alles, was man einer Bewegung gegenüber
zu halten weiß, welche alle Völker im Innersten aufrührt.

Die Massen, die es müde sind zu darben und zu dulden, die
fühlen, daß sie allein zu verwalten berufen, was sie allein
zu schaffen im Stande sind, deren Zahl, Selbstgefühl und
Thatkraft täglich wächst, sie sucht man zu entmuthigen, indem
man alljährlich einige von ihnen auf's Gerathewohl heraus-
fängt, aburtheilt läßt und einkerkt, wie in Deutschland,
wenn man sie nicht hängt wie in Amerika. Das ist ihrer
Weisheit letzter Schluss. Die Herren denken sich das Pro-
letariat so feige, wie sie selber sind, so zitternd vor der aller-
höchsten Ungnade, wie sie selber, diese — Hofräthe.

Das Jahr 1889 war ein gutes Jahr; kein „Revolutions-
jahr“, aber ein bedeutungsvolles Jahr und fruchtbringend für
jene Revolution, in deren voller Mitte wir leben. Fügen wir
hinzu, daß die ökonomische Umwälzung sich immer rascher
vollzieht, seit ein neuer Faktor in Wirkung getreten, dessen
Folgen sich nicht absehen lassen: Die Verwerthung der Elek-
trizität. Die Dampfmaschine stand an der Wiege des Pro-
letariats; die Elektrizität wird seinen Sieg befeuchten.

Die Holländer auf Java.

Aus einer Rede von Domela Nieuwenhuis in der Nieder-
ländischen Kammer.

Die „Siege“ des „Nationalhelden“ Wismann in Ostafrika haben das
Kolonialfieber in Deutschland, das im erfreulichen Niedergange war,
wieder von Neuem angefaßt. Die kapitalistisch-mordpatriotische Presse
ist vor Wonne schier aus dem Häuschen, und gauselt dem gläubigen
Publikum das Bild eines großen deutschen Kolonialreiches vor, das sich
jetzt in Ostafrika emporhebt und für das deutsche Mutterland ebenso
segensbringend erweisen werde wie Ostindien für England und Java für
Holland. Unter diesen Umständen benutzen wir mit Vergnügen eine
aus von befreundeter Seite zugekommene Uebersetzung einer vor
erlichen Wochen (am 27. November 1889) in der holländischen Kammer
gehaltenen Rede des Genossen Domela Nieuwenhuis, aus der die Leser
ein Bild erhalten, wie es mit dem „Segen“ solcher Kolonien für das
Mutterland in Wahrheit bestellt ist.

Vorausgeschickt wollen wir, daß die Rede zum Etat des Kolonial-
ministeriums gehalten wurde. Kolonialminister Hollands ist gegen-
wärtig ein gewisser Reuchenas, ein sogenannter „christlicher Kon-
servativer“, der die bisherige „liberale“ Wirtschaft auf Java jahre-
lang in der härtesten Weise angegriffen und für einen gründlichen
Bruch mit der kapitalistischen Ausbeutung dieser Kolonie unavollständig
in Wort und Schrift gewirkt hatte. Domela Nieuwenhuis konstatiert nun,
daß, obwohl Herr Reuchenas — der einzige Antirevolutionär — den
man als solchen ernst nehmen, von dem man auf Grund seiner Ver-
gangenheit und seines Charakters erwarten dürfte, daß er sein bis-
heriges Prinzip als Minister nicht preisgeben, sondern sich beugen
würde, dasselbe zur That werden zu lassen — bereits über ein Jahr
im Amt ist, der von ihm eingebrachte Etat keine Spur von einer
Aenderung der bisherigen Verwaltungspraxis aufweist. Er erklärt das
ganz richtig damit, daß der Herr eben unter dem Einflusse der Sphären,
in denen er sich jetzt bewegt, „umgefallen“ sei, d. h. als bürgerlicher
Minister mit den kapitalistischen Wölfen heulen müsse. Zur Sache aber
beruft er sich mit Recht auf Reuchenas, den unabhängigen Sachverständigen,
gegen Reuchenas, den Minister.

Dies vorausgeschickt, lassen wir nun diejenigen Stellen aus der Rede
Nieuwenhuis folgen, die sich auf unser Thema beziehen:

„Ich frage nun weiter: Ist es nicht eine bekannte Thatsache, daß
Indien fortgesetzt auf die schändlichste Art und Weise ausgebeutet wor-
den ist? Auch wenn es nicht möglich wäre, den Diebstahl in Indien
auszudrücken, wüßte doch Jeder inner- und außerhalb der Niederlande,
daß in Indien ein Ausbeutungssystem herrscht, welches von Säuber-
stücken wiederholt als das schlechteste unter allen von den
Kolonialmächten angewendeten gekennzeichnet worden ist.“

War es nicht Herr Van der Meer, der einmal sagte, Indien sei für die
Niederlande der Schwammbeutel, mit andern Worten, die Erträge des
niederländischen Volkes sei vom Besitz Indiens abhängig und müßte
ohne die dort geplünderten Millionen zu Grunde gehen?

Nun meint Herr Bahlmann, die Lage habe sich inzwischen verändert.
Ich gebe das bis zu einem gewissen Grade zu, namentlich in Bezug
auf den direkten Diebstahl, von dem ich jetzt allein reden will. Es ist
interessant, was Herr Oberländer, der gewiß als Sachverständiger
gelten darf, in „De Indische Opmerker“ — reproduziert auch vom
„Standaard“ — veröffentlicht, nämlich, daß den japanischen Pflanzern
von 1874 bis 1881, also in einem Zeitraum von 8 Jahren, die Summe
von 257 Mil. Gulden gestohlen worden sei. Ich will gerne zu-
geben, daß es ein mißliches Ding ist, sich auf Spezialitäten zu stützen,
da es immer wieder andere gibt, welche die ersten neutralisiren.

Ich verweile noch auf eine andere Persönlichkeit, mit deren An-
sichten man hier nicht sympathisirt, die aber bezüglich Indiens als
durchaus kompetent gelten darf, ich meine Roorda von Gylinga. Dieser
schrieb:

„Nehmen wir einmal die finanzielle Bilanz. Sehen wir zunächst zu,
wieviel gestohlen worden ist. In den ersten beiden Jahrhunderten
führte die ostindische Kompagnie das Regiment. In der Plünderung
gingen die Landvögte mit dem besten Beispiel voran. Einer derselben,
ein gewisser Van der Sijp, stahl in 5 Jahren 100 Millionen. Die
Älten seines Nachlasses habe ich selbst in den Händen gehabt.“

„Beinahe alle Beamten der Kompagnie waren schlecht besoldet. Sie
konnten sich ja mit „kleinem Gewinn“ schadlos halten. Da man den
in jener Zeit gestohlenen Betrag ruhig auf jährlich 100 Millionen
schätzen kann, so ergibt sich für die beiden Jahrhunderte eine Summe
von 20 Milliarden oder 20,000 Millionen Gulden. Seit ungefähr
einem Jahrhundert führt nun die „hohe Regierung der Niederlande“
das Regiment.“

Ihre Landvögte und Beamten fehlten allerdings viel weniger. Na-
mentlich in den letzten 40 Jahren schickte sie mehr oder weniger gebildete
Beamte und Offiziere nach Indien.

„Dagegen stahl sie selbst seit 1833 für den mütterländischen Staats-
schatz — De Waal, Antecessingen oder Koloniale Unterwerpen an
Duz Indische Finanzen — 84 Millionen Gulden. Dieser Dieb-
stahl beruhte auf Verbruch und Unterdandelsungen.“

„Das sog. Kultursystem wurde auf Java unter Van den Bosch im
Jahre 1833 eingeführt, angeblich, um die Eingeborenen zur Arbeit zu
erziehen“, in Wirklichkeit jedoch, um Wilhelm I. für die Wiedergewin-

nung von Belgien zu unterstützen. Den Eingeborenen versprach man
für ihren Kaffee den vollen Marktpreis nach Abzug der Grundsteuer
und der Transportkosten nach den Magazinen. Damals kostete das
Pfund Kaffee 18 Gulden, und davon entfielen auf den Javaner 8 Gul-
den. Später stieg der Marktpreis auf 30, 40, sogar auf 80 Gulden,
und die „hohe“ Regierung, anstatt den Antheil der Eingeborenen zu er-
höhen, zahlte ruhig den Satz von 8 Gulden weiter. Wie ein falscher
Spieler betrog sie, im Vertrauen auf die Unkenntnis der Javanen mit
den europäischen Marktpreisen, die eingeborenen Pflanzern, und die Ge-
setzgeber und Landvögte erklärten sich damit einverstanden. Jeder
schändete seinen Eid. Als sich endlich die öffentliche Meinung zu stark
gegen diesen Skandal auflehnte, beschloß die gesetzgebende Gewalt gegen
alle Ehrlichkeit und gegen alles Recht, daß den Eingeborenen in
seinem Falle mehr als 40 Gulden für das Pfund ausbezahlt werden
sollte.“

„Auf diese Weise stahl der Staat die Summe von 644 Millionen
Gulden. Die übrigen 200 Millionen erwarb er sich dadurch, daß er
eine an Indien gleiche Summe zweimal zurückbezahlen ließ. Es ge-
schah dies in der Weise, daß die „hohe“ Regierung sich anstalt, als
sei ihr die Amittung über diese Kleinigkeit aus dem Gedächtnis ent-
schwunden oder nicht in Ordnung.“

„Daß man den Herrn De Waal, der diese Mißthaten veröffentlicht,
nicht wie jenen Sozialisten, der die Mitglieder unseres Senates Spijs-
huben erster Klasse genannt, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen
hat, ist in der That recht beachtenswert.“

„Außer diesen Diebstählen wurde noch viel expropriert.“
Roorda von Gylinga führte dann weiter aus, was indirect gestohlen
worden ist.

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Bahlmann habe ich diese Spezia-
litäten zitiert, damit sich Jeder ein Urtheil daraus bilden könne. Wenn
und jetzt Indien, wie Herr Bahlmann behauptet, mehr Schaben
als Gewinn einbringt, kann dem leicht durch Veräußerung abge-
holfen werden; Viehhäber gibt es ja genug. Die Regierung würde es
sich wohl doppelt überlegen, Indien zu veräußern, weil sie überzeugt ist,
durch seinen Besitz keinen Schaden zu erleiden. Derartige Argumente
haben für mich keinerlei Bedeutung.“

Das Sprichwort: Ungerechtes Gut gedeihet nicht, hat
jedoch auch hier seine Befätigung gefunden. Wer da glaubt, daß der
Besitz von Kolonien für unser Land ein Segen gewesen sei, dem kann
man an der Hand der Geschichte leicht nachweisen, daß das Kolonial-
verhältnis nicht bloß auf Indien, sondern ganz besonders auf unter
eigenes Volk demoralisierend eingewirkt hat. Hier liegt auch die Ur-
sache, daß die Energie verloren gegangen ist. Man hat sich stets auf
Indien verlassen, und, indem man sich beständig auf Indiens Stärke
verließ, auf eigenen Füßen zu stehen. Wie die Kolonien ein Sporn
zu Grunde gerichtet haben, so vernichteten dieselben auch die Stärke
unseres Volkes. So lange wir nicht die gestohlenen Gelder an Indien
zurückgeben, wird man unser Land mit vollem Recht als einen Raub-
staat bezeichnen können. Treffend schrieb einst Roorda v. Gylinga:

„Alle Kolonialpolitik ist nichts Anderes als Verlaß von Herz, Cha-
rakter, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Prinzip, Unternehmungs-
geist, Achtung und — Geld. Ja, auch von Geld.“

„Das will nur Niemand einräumen. Man erinnert sich hier unwill-
kürlich jener Pigeoniermilitanten, die zu einem reichen Mann kamen,
um sich einige Groschen zu verdienen. Von einem Dinner in das Vor-
zimmer geführt, bemerkte hier Einer von ihnen auf einem Schranke
eine Flasche. Rings nahm er dieselbe herunter, trank einen tüchtigen
Schluck daraus und rief: herrlich! herrlich! Die Genossen folgten
seinem Beispiele und Jeder rief, nachdem er aus der Flasche getrunken:
herrlich! herrlich! Man sie hatten alle — Dine getrunken. Wehlich
ergrübt es den Kolonialmächten. Die Engländer in Ägypten und
Birma, die Franzosen in Lothrin und Madagaskar, Dänemark in San-
skar und Kamerun und die Niederländer in Kisch trinken auch nur
Dinte und schreien dazu, indem sie triumphirend auf diese neuen Abgab-
gebiete für Handel und Industrie hinweisen: herrlich! herrlich! Es
ist beachtenswert, daß die Norweger, die ihre Kolonien an die Fran-
zosen verkanften, jetzt über 19mal soviel Schiffstouren, wie die Fran-
zosen, verfügen.“

„Beinahe hätte ich übrigens vergessen, der Zivilisation, welche die
Herrschenden den Beherrschten zu Theil werden lassen, zu gedenken.
Andre Gill hat dies einst folgendermaßen illustriert. Ein englischer
Soldat mit einer Opiumflasche in der Tasche hält in der linken Hand
eine Bibel und erhebt mit der rechten einen Kaffee. Während der
Schwärze unter Todesängsten zusammenbricht, ruft der christliche
Beute mit Begehrtheit: „Schon wieder Einer zivilisiert!“

Die Karrikatur war wirklich sehr treffend. Sie zeigte uns in
kurzen Zügen, worauf die christliche Zivilisation schließlich hinausläuft.

So Nieuwenhuis. Man lese die Berichte des Herrn Wismann und
seiner Leute und man wird finden, daß sie, was Andre Gill nur als
Karrikatur gab, buchstäblich ausführten. Von der Grischung Bakiri's
und seines Stades „Rebellen“ ganz abgesehen — der fähige Kraber, der
verschiedenen Europäern gegenüber Beweis von Großmuth an den Tag ge-
legt, war mindestens ebenso zum Raubtag gegen die deutsche Oberherr-
schaft berechtigt, wie Schill und Knappe Hoier gegen die Napoleonische —
mollen wir hier nur an einem Beispiel zeigen, wie die humanen de n t i g e n
Kolonialisten in Afrika die Zivilisation verbreiten. Der liberalen Wochen-
schrift „Nation“ ist längst von einem Vater die 3. Mittheilung an die Be-
wohnerchaft freiwilliger Krankenpflege im Kriege über die Thätigkeit der zur
kaiserlichen Sanjtruppe in Deutsch-Ostafrika entlassenen Mitglieder, Horn-
damburg, Ende November 1889, angelegt worden. In dieser ge-
druckten Veröffentlichung findet sich eine „Anlage“ mit Mittheilungen
über die erste Expedition, an welcher der Krankenpfleger D. in Ost-
afrika theilnahm (von Bagamoyo nach Sango-Sango, vom 13.—21.
August 1889). Dort heißt es:

„Es galt, etliche Stunden westlich von Bagamoyo eine Station
zu errichten, die Umgehungen von aufrührerischen Eingeborenen zu
hüten, ihre Dörfer niederzubrennen und die Einwohner selbst
als Gefangene nach hier zu bringen. . . . Wir . . . erreichten dann
um 1 Uhr Nachmittags das erste Dorf (Sango-Sango), dasselbe wurde
ohne Gegenwehr von etlichen Soldaten eingenommen, wobei zehn
Gefangene gemacht wurden (Weiber und Kinder), alle Uebrigen waren
entkommen und Wenige traf das tödtliche Pfl. Um 4 Uhr
Nachmittags ward ein anderes Dorf (Maganja) erkundet und einge-
nommen. Die Einwohner flohen ins Dickicht und konnten nicht verfolgt
werden; doch wurden viele Geräthschaften und Vieh erbeutet. . . . Um
12 Uhr Nachts wurde angebrochen und alsobald weiter marschirt. Ein
Theil der Mannschaften trat von hier aus den Rückweg an, um Dörfer
und Dörfer, die Tags vorher genommen, zu zerstören. Raum
hatten wir unser Dorf verlassen, da drante es schon an allen
Ecken und Leuchtete weithin in die mondhele Nacht. . . . Nach 7 Uhr
wurde ein anderes Dorf erkundet und eingenommen; hier wurden
viele Geräthschaften, Hegen und Hühner erbeutet. . . . Nachdem
alle sich an Speise und Trank gelabt hatten, wurde gegen 10 Uhr der
Marsch fortgesetzt, zuvor aber dieses Dorf in Asche gelegt. . . .“

*) Sammelname für die koalirten antiliberalen Parteien in Holland.

Nach einer halben Stunde ging weiter, bis wir . . . nach langem, anstrengendem Marsch wohlbehalten die neue Station wieder erreichten.
Niederbreiten — Fortnahme von Haab und Gut — Gefangenahme von Weibern und Kindern — Erschießung wehrloser Männer — so „zivilisiren“ diese „Geld“, deren Ruhm jetzt in allen nationalen Blättern erdri, Ostafrika, Perfidie, Blut, Knöchelhaft, das ist das Christenthum, das sie nach Afrika bringen. Und alles, damit eine Anzahl gewisser, isolirter Spekulanten sich bereichern, die Eingeborenen um Millionen und Abermillionen betrügen können, soweit sie dieselben nicht direkt bestehlen.

Aber dieses „Kolonialisiren“ ist Gebot der Nothwendigkeit, belehren und die Kolonialschwärmer. Nur so ist es möglich, Ruhe und Ordnung im Schutzbereich zu sichern. Wir kennen die Weise, wie man den Zerstörer der Kolonien überläßt zu hören, wo die Brutalität im Schwunge ist. Jeder Prägelapdogge schwingt den Stock, nur um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die russische Regierung sendet alle vorwärtsstrebenden Geister nach Sibirien, weil „Ruhe und Ordnung“ es erheischen, und — blos um „Ruhe und Ordnung“ im Keiche herzustellen, richtet sie die Deutschen in den Ostprovinzen zu Grunde. Es gibt keine Infamie, die nicht mit dieser Ausrede beschönigt werden könnte.

Auch die Holländer führen in ihren Kolonien blutige Kriege für „Ruhe und Ordnung“. Innerlichst Opfer an Menschen und Geld hat sie der Krieg gegen die Araber schon gekostet, ohne daß es freilich bis jetzt gelungen wäre, dieses lächerliche Volk zu bezwingen. Noch mehr Soldaten, noch mehr Gewalt, rufen die holländischen Diplomaten. Ihnen antwortet Menckens und mit Anführung seiner Worte wollen wir für diesmal schließen:

„Der von Bismarck hat hier die für uns allerdings nicht bezweifelnde Politik — Oligopolitik könnte man sie füglich nennen — befürwortet, die Nicht mit aller nur möglichen Gewalt zu unterdrücken, weil dies der einzige Weg sei, Ruhe und Ordnung zu schaffen.“

Dieser Auffassung kann ich nun allerdings nicht beipflichten, sondern ich bin im Gegentheil der Ansicht, daß der von dem Minister im vorigen Jahre angeregte Gedanke einer Konstitution weit zweckmäßiger sein würde. Denn es dem Minister mit diesem Mittel ernst ist, werden wir in Wästel freilich ganz anders, namentlich mit andern Begriffen von der „Ehre“ und „Würde“ des Vaterlandes, auftreten müssen.

Man vergesse doch nicht, daß der Krieg selbst eigentlich die größte Unruhe ist. Wenn England nach der ersten Niederlage im Kampfe mit den transvaalischen Boeren Frieden schloß, so genügt es nicht, daß wir uns darüber freuen und England zugehört haben, sondern wir sollten diesem Besatze Folge leisten. Man seierte England wegen seiner Großmuth. Es hätte ja eben so auf den Krieg fortgehen können, weil dies der „Ehre“ und „Würde“ des Landes mehr entsprechend gewesen wäre, als nach der ersten Niederlage mit den Boeren Frieden schließen. Das damalige Ministerium sah aber die Bedenken von „Ehre“ und „Würde“ des Landes ruhig hinweg. Auch uns würde es niemals zur Unruhe gereichen, wenn wir mit den tapferen Afrikanern, die nach einem langjährigen Kampfe mit einem viel mächtigeren Feinde sich ein Recht auf unsere Sympathie erworben haben, endlich Frieden schließen.

Seine Unruhe zu bekennen, ist niemals, und gerade es in eifriger Stunde, Schon. Sollten uns vielleicht einige angeden, so wird sich behelligen, daß am besten laßt, wer zuerst laßt. Wenn es jetzt nur noch heißt: die Holländer müssen hinaus ans Afri! so wolle man nicht vergessen, daß diese Forderung sich leicht auf die übrigen Stämme unserer Kolonien übertragen und auswaschen kann in die allgemeine Lösung: die Holländer müssen nicht allein ans Afri, sondern aus ganz Indien hinaus!

Aus Frankreich.

Wir haben unsere Leser bereits in allgemeinen Zügen über den Stand der sozialistischen Bewegung in Frankreich am Ende des Jahres gehalten, es ist uns aber ausgedrückt, einen mehr ins Detail gehenden Rückblick auf die Vorgänge innerhalb der französischen Sozialdemokratie seit dem Kammerwahlen im September zu werfen.

Ueber den Ausfall des unter so ungünstigen Verhältnissen aufgenommenen Wahlkampfes hatten wir seinerzeit eingehend berichtet. Ein Mandatstreben des Nationalkomitees der Arbeiterpartei vom Anfang November spricht sich über die Bedeutung desselben folgendermaßen aus:

„Um jedoch ihrer vollen Bedeutung nach gewürdigt zu werden, müssen die allgemeinen Wahlen des Jahres 1889, die am Tage nach dem ersten wirklich internationalen Kongreß nach der Pariser Kommune abgehalten worden, unter einem andern Gesichtspunkte betrachtet werden.“

Dreizehnhundert Delegirte dieses Kongresses, der den Grund gelegt hat zu einem neuen internationalen Arbeiterbünd, traten als Arbeiterkandidaten auf und erzielten zusammen über 70.000 Stimmen. Fünf von ihnen: Kautsky, Daudin, Ferroul, Casteret und Bover zogen ins Palais Bourbon ein.

Diese fünf Abgeordneten werden mit dem gleichfalls zum Abgeordneten gewählten Mitgliede der Arbeiterpartei, unserem Freund Lurmer, die sozialistische Gruppe in der neuen Kammer bilden. Und diese Gruppe wird ihre Pflicht thun. Sie hat sie bereits gethan, indem sie den Ueberläufern des revolutionären Sozialismus, den Jostin und Dumay, die sich zu den Helfern und Schützlingen des Herrn Constans hergegeben, wie den Granger, Roche und Jourde, die mit dem General Boulanger gehen, die Thür verschlossen hat. Jede Partei, besonders aber eine Kampfpartei wie die unsere, würde in der That ein todgeborenes Kind sein, wenn sie bildete, daß ihre Mitglieder, selbst um nur in die parlamentarische Bestie einzudringen, beim Feinde Diebstahl nehmen, irgend einer Fraktion der Bourgeoisie Heerfolge leisten.

Von der Erkenntnis dieser Nothwendigkeit durchdrungen — daß der Sozialismus auf seinem eigenen Gebiete kämpfen muß, ohne mit irgend einer kapitalistischen Partei einen Kompromiß einzugehen — hat sich das Nationalkomitee der Arbeiterpartei mitten im Wahlkampf mit dem revolutionären Centralkomitee (der Blauschiffen) und dem Centralkomitee des nationalen sozialistischen Kongresses von Troyes beider Mitarbeit eines gemeinsamen Manifestes verständigt, das die Arbeiter Frankreichs ihre Pflicht ins Gedächtnis ruft und ihnen als „das einzige und alleinige Uebel“, das uns unter der Bourgeoisie herrscht wie unter der Monarchie bedrückt, die kapitalistische Feudalherrschaft schildert, für die „heute Opportunisten wie Radikale regieren und für die morgen Boulanger das Söldnerregiment führen würde.“ Weder Ferry noch Boulanger — schloß dieses Manifest — „sondern die soziale Republik, die nur durch die Enteignung der die Macht und das Kapital in Händen haltenden verdrängt werden kann.“

Und die Hunderttausendstimmigen Wähler, die sich in 8 Departements ihm angeschlossen haben, beweisen, daß die Elite unseres Proletariats entschlossen ist, nicht mehr zwischen den verschiedenen Bourgeoisparteien zu unterliegen, sondern sie alle gleichmäßig zu bekämpfen.“

Dies das Mandatstreben der Arbeiterpartei. Die in demselben genannten Abgeordneten haben sich inzwischen noch drei weitere Abgeordnete gesellt — Couturier (Ayon), Franconi und Theron, so daß die sozialistische Gruppe der Kammer nunmehr aus neun Mitgliedern besteht.

Der erste Antrag, den sie einbrachte, betraf die Strafen in den Räten von Vens und Umgebung und in der Loire und verlangte einen Kredit von 100.000 Franken zur Unterstützung der Familien der ausländischen Arbeiter, sowie Amnestirung der noch für Bergbau bei Gelegenheit von Streiks verurtheilten Personen. Der Antrag wurde von Ferroul begründet und erzielte 117 von 471 Stimmen.

Weiter hat die Gruppe einen Antrag eingebracht, die Verwaltung aller Betriebs- u. Unterstützungsanstalten, zu denen die Beiträge vom Lohn abgezogen werden, ausschließlich den betreffenden Arbeitern zu überweisen; einen Antrag, der die Nationalisirung der Hochbergwerke verlangt; einen Antrag, wonach die bewaffnete Macht unter keinen Umständen bei Konflikten infolge der kapitalistischen Produktionsweise einzeln oder kollektiv Internationalem zur Verfügung gestellt werden darf; einen Antrag, der jeden Internationalem oder Internationalem, der die von dem Gesetz anerkannten Arbeitervereine in ihrer Thätigkeit dadurch zu machen suchen, daß sie verweigern, mit ihnen zu unterhandeln, mit Geldstrafe von 500 bis 1000 Franken und Gefängniß von acht Tagen bis zu drei Monaten bedroht, und schließlich einen Antrag auf Einfüh-

rung des achtstündigen Maximalarbeitstages, bew. jeder Ueberschreitung derselben von Seiten eines Unternehmers mit Geldstrafe, bezw. Gefängniß bedroht.

Als die Frage des fünfjährigen-Abkommens zur Verhandlung kam, stellte die sozialistische Gruppe folgende Unter-Anträge:

I. Der Gebrauch des weißen Phosphors in der Zündholzfabrikation ist verboten.

II. Es ist ausdrücklich verboten, Kinder beiderlei Geschlechts unter 16 Jahren einzustellen.

III. Der Arbeitstag darf 8 Stunden nicht überschreiten.

IV. Den in der Fabrikation beschäftigten Arbeitern beiderlei Geschlechts wird ein Minimallohn garantiert, der von einer mindestens zur Hälfte aus Delegirten der Arbeitervereine zusammengesetzte Kommission bestimmt wird.“

Als die Regierung die Auszahlung der vom Pariser und mehreren Provinzial-Gemeinderäthen für die ausländischen Vergarbeiter bewilligten Unterstüßungen durch Aufhebung der betreffenden Beschlüsse verhierte, meldete Kautsky eine Interpellation an, die vereinigte Reaktionsäre der Kammer aber „vertagten“ die Beratungen derselben auf einen Monat, d. h. auf die Zeit der Kammerferien. Daß die sozialistische Gruppe bei den Wahlsprüngen ihre absolute Unabhängigkeit wahrte, und sich nicht durch die angebliche Pflicht der Unterstützung der Republik gegen den — zur Zeit durchaus nicht gefährlichen — Boulangerismus zur Gutheißung der schändlichen Verleugungen des allgemeinen Wahlrechts verleiten ließ, ist selbstverständlich.

Neuerdings hat die sozialistische Gruppe in der Kammer, die Jules Guesde zu ihrem Sekretär ernannt hat, unterstützt durch die Abgeordneten Clauzot, Giradet, Hovelacque und Millexand, und unter ausdrücklicher Hinweis auf den internationalen Arbeiterkongreß in Paris, einen Antrag eingebracht, der sich genau den Beschlüssen dieses Kongresses — die wahren Generalstände des Proletariats der alten und neuen Welt — anschließt.

„Es handelte sich auf dem Kongreß“, heißt es in den Motiven des Antrags, nicht darum, die soziale Frage zu lösen, sondern sich zu verständigen, um überall, wo die kapitalistische Produktion herrscht, den verderblichen Wirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu steuern, der Bevölkerung, sowie der physischen und moralischen Entartung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken, und die freie Entwicklung der Menschheit zu sichern.“

Fünf von uns sind Delegirte dieses internationalen Kongresses gewesen, der mit einem Ehrenwein im Stadthaus endete, den der Pariser Gemeinderath allein seinen Delegirten anbot.

Getreu dem dort empfangenen und am 22. September und 6. Oktober durch unsere Wähler bestätigten Mandat, wollen wir nicht zögern, Sie aufzufordern, die von den Proletariats der ganzen Welt als ein Minimum des von ihnen zu beanspruchenden Schutzes verlangten Maßregeln sozialer Hygiene in gesetzliche Form zu bringen.

Deshalb unterbreiten wir Ihnen, indem wir daran erinnern, daß der größte Theil von Ihnen bei den jüngsten Wahlen die Nothwendigkeit, sich mit den sozialen Fragen zu beschäftigen, anerkannt hat, vertrauensvoll den folgenden Antrag, den die Resolution des internationalen Kongresses in Paris wiederholt.

Antrag.

Einziges Artikel.

Es wird eine Kommission von 22 Mitgliedern, je 2 Mitgliedern pro Abtheilung ernannt, mit dem Auftrage, auf folgender Grundlage einen Arbeiterkongreß einzuberufen:

a. Einen achtstündigen Maximalarbeitsstag für alle Erwachsenen;

b. Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden pro Tag;

c. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;

d. Ausschluß der Frauenarbeit in allen, den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben;

e. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;

f. Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit in der Woche;

g. Verbot solcher Industriemethoden und solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind.

h. Beseitigung des Unterwerfungssystems (Marchandage) durch Anwendung des betreffenden Gesetzes vom Jahre 1848.

i. Verbot des Trade-unions, wie der Konsumvereine der Unternehmer.

j. Verbot der privaten Stellungsvermittlungsbureaus.

k. Eine alle industrielle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie, umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern zu wählen sind.“

Reben dieser parlamentarischen Thätigkeit läuft eine rege und vom besten Erfolge begleitete Agitation der neugewählten Abgeordneten in der Provinz. Weiter hat die Pariser Sozialisten einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Nordfranzösischen der Partei besitzt jetzt eine eigene Druckerei, und ihr Organ, der in Lille herauskommende „Cri du Travailleur“ erscheint seitdem in vergrößertem Format. Auch leben wir zu unserem Vergnügen, daß die sozialistischen Blätter Frankreichs immer mehr ihre Aufmerksamkeit der Bewegung im Auslande widmen. Zuletzt erhaltenes Mittheilung zufolge ist gedruckte Aussicht vorhanden, daß die Genossen schon in aller nächster Zeit über ein Tageblatt in Paris verfügen werden, dessen Mangel sich bisher so empfindlich bemerkbar gemacht hat.

So tritt die französische Sozialdemokratie unter den günstigsten Auspicien ins neue Jahr ein. Hoffen wir, daß es gelingt, alle Instigkeiten aus ihren Reihen fernzuhalten, damit sie mit voller Aktionskraft das begonnene Werk fortsetzen und am nächsten Jahresanfang auf entsprechende Fortschritte zurückblicken kann.

Dazu senden wir den Genossen den herzlichsten Glückwunsch.

Für den Achteinstundentag.

Die Vorkamer Konvention des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (I. auch unter America) hat eine von ihrem Resolutionskomitee angeordnete Resolution zu Gunsten des Kampfes für den Achteinstundentag einstimmig und unter großer Begeisterung angenommen. Bei der großen Zahl organisirter Arbeiter, die diese Konvention vertritt, erhält die Resolution eine erhöhte Bedeutung, und so wollen wir wenigstens die Hauptstellen derselben auch den Lesern unseres Blattes unterbreiten. Sie lauten:

Die organisirten Streitkräfte der großen Armeen der Arbeiter in allen industriellen Zentren Amerikas, Englands und Europas sind entschlossen, die Reduzirung der täglichen Arbeitsstunden auf acht zu erzwingen, und die einzige Frage, welche in Arbeiterkreisen aufgeworfen wird, ist, wann und wie dieses Resultat erreicht werden soll. Ihr Komitee hat diese Frage des Wann und des Wie in Erwägung gezogen und ist zu dem Schlusse gekommen, daß die Vorläge des Präsidenten Compers und die Handlungsweise der Federation in ihrer letzten Konvention auf historischer Erfahrung und logischen Vermuthungen beruhen. Beim Einreichen dieses Berichtes erachtet dieses Komitee es für seine Pflicht, auf die Thatsache aufmerksam zu machen, daß die täglichen Arbeitsstunden in einigen Gewerkschaften von 16 bis auf 8 reduziert wurden, zum großen Nutzen der Lohnarbeiter und des Volkes im Großen und Ganzen; daß in anderen Gewerkschaften, in denen viel Kapital steckt und die vollkommensten Maschinen eingeführt sind, die Arbeitsstunden von 14 und 12 auf 10 vermindert wurden und dem großen Publikum nur Gewinn brachten. Diese Reduktionen haben nicht blos in diesem Lande stattgefunden, sondern auch in anderen Ländern, ganz besonders in Australien, wo im Jahre 1886 in einzelnen Gewerkschaften die Arbeitsstunden auf acht herabgesetzt wurden, und ein ähnliches Vorgehen in jezt ebenfalls von den meisten, wenn nicht allen Gewerkschaften beschlossen worden. In England wurden die Arbeitsstunden in den großen Web-Industrien schon im Jahre 1847 auf 10 reduziert, und in diesen Industrien wie in allen anderen haben die Reduktionen nicht eine Stagnation zur Folge gehabt, sondern vielmehr eine erhöhte Stauffkraft der Arbeit hervorgerufen, welche diese Ruhe in Theil ward. Wenn daher mit jeder Reduktion der Arbeitsstunden die Löhne in die Höhe gegangen sind, so ist folgende Frage in einer Konvention von

Sohnarbeitern wohl der Erörterung werth. Wie weit kann diese Reduktion getrieben werden und doch dieselben Resultate zur Folge haben?

Die Antwort auf diese Frage kann man nicht blos durch Experimentiren erhalten, sondern man kann sie im Voraus beantworten und zwar zeitig genug, um ein großes Unglück zu verhüten. Aber selbst wenn diese Frage nur durch Experimentiren beantwortet werden könnte, so ist der Nutzen, der durch ein glückliches Resultat erreicht würde, doch ein so großer, daß es wohl der Mühe werth ist, alles daran zu setzen, um das Minimum von Arbeitsstunden und das Maximum von Löhnen zu erreichen. Daß die Reduktion der Arbeitsstunden auf acht pro Tag erhöhte Löhne und eine vermehrte Produktion ohne Vermehrung der Produktionskosten zur Folge haben würde, geht aus der Thatsache hervor, daß die reduzirte Arbeitszeit eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen würde, groß genug, um dasselbe Quantum zu produziren, das jezt in 10 Stunden hergestellt wird. Die Vermehrung der Arbeitskräfte würde eine Vergrößerung der Fabrikanlagen nach sich ziehen, wodurch die große Masse der demoralisirten und halb verhungerten Arbeitslosen der Armeen der beschäftigten Arbeiter zugefügt würden. Die Zahl der permanent Beschäftigten würde durch diesen Zuwachs in diesem Lande allein den Markt für wenigstens 2.000.000 weitere Konsumenten ausbilden.

Großkapitalisten sind gegen die Reduktion der Arbeitsstunden, nicht weil sie denken, die Löhne würden dadurch erniedrigt, sondern weil sie wissen, daß der Prozentsatz der Profite der Dollar und per Mann dadurch reduziert würde, in Folge der Erhöhung der Löhne, welche der Reduzirung der Arbeitsstunden folgen wird.

Zu versuchen, die natürliche Unterstellung der menschlichen Masse durch die unweife Politik, die Löhne niedrig zu halten, aufzuhalten, ist einfach eine Bewegung, die Märkte zu beschränken und so die Steigerung der Produktion zu verhindern. Ihr Komitee ist einstimmig überzeugt, daß die bestehenden Zustände nach unserer Ansicht nicht zu der Hoffnung berechtigen, daß zur Zeit alle Gewerkschaften vorbereitet sind, das Achteinstunden-System am 1. Mai 1890 erfolgreich zu erzwingen. Doch sind viele der Gewerkschaften jezt bereit und viele werden es zu der für die Einführung dieser, die größten aller industriellen Reformen sein. Wir empfehlen, daß die Exekutivkomitee beauftragt sein soll, solche von den mit der American Federation of Labor verbundenen Gewerkschaften auszuwählen, als nach deren Urtheil am besten vorbereitet sind, Erfolg zu erringen, und daß jede Union in der Federation ermahnt werde, ihre Mitglieder mit 10 Cents per Woche zu besteuern, auf so viele Wochen, als nothwendig sind, den Achteinstundentag zu sichern; die Zahlung dieser Liniage soll nicht später als am 1. März 1890 beginnen.

Daß alle mit der American Federation of Labor in Verbindung stehenden Gewerkschaften, welche noch nicht acht Stunden arbeiten, oder welche nicht durch gewisse ihnen und ihren Arbeitgeber bestehenden Kontrakt gebunden sind, Komitees ernennen, welche mit ihren Arbeitgebern konferiren und womöglich eine Reduktion der Arbeitsstunden auf acht per Tag sichern, und daß der Exekutiv-Rath solche Geldsummen, welche er aus den von den Gewerkschaften eingezahlten Geldern übrig behält, für das Gewerkschaften, die vom Exekutiv-Rath bezeichnet werden, verwendet.

Werthe Herren von der Konvention! Als die Vertreter der organisirten Arbeit dieser Republik und des Kontinents von Amerika liegt die hohe Verpflichtung, diese Bewegung zum Erfolgreich zu führen, auf uns. In dieser Bewegung in der Richtung zur Emanzipation der Arbeit gibt es kein solches Wort wie „Fehl-schlag“. Das verlangende Herz der zu niedrig Bezahlten und Unbeschäftigten schlägt unsere Forderungen entgegen. Lebenslange Frauen und Kinder, welche um die süßen Früchte der Jugend beraubt werden, können und werden unter der schweren Bürde der Armut. Das Alter, durch unangesehene Arbeit bedrückt, zittert in Noth, betet für unsern Erfolg.

Die Leidigen der Monarchie und Industrie Europas blühen nach unseren Rufen mit der freudigen Hoffnung, daß hier, wo der Mann ein Souverän in politischer Macht ist, er auch ein Freier in seinen ökonomischen und sozialen Beziehungen werden möge. Diese Bewegung für weniger Stunden des Ruhens, mehr Stunden der Erholung und mehr Reichthum für die Reichen-Gründer liegt in den Herzen, welche sich mit denen der Zivilisation decken. Den Trades-Unionsisten von Großbritannien und Europa, die Schulter an Schulter mit uns marschiren, senden wir unseren jubelnden Ruf von Gruß und Heil. An Alle, welche die Freiheit lieben und den Prinzipien freier Regierung ergeben sind, an Alle, welche einem vermehrten Reichthum in weiterer Verteilung entgegenstehen, an alle Freunde der Menschheit überall, an Gewerkschafts-Männer und an Jene, die noch nicht unter dem Banner der organisirten Arbeit marschiren, appelliren im Namen der Gerechtigkeit, Humanität, vermehrtem Reichthum und verminderter Armut, ihre Kräfte auf das eine Ziel, der Reduktion der Arbeitsstunden, zu konzentriren.“

Soweit das Manifest. Auf einige Punkte desselben, die der Besprechung bedürfen, kommen wir vielleicht später zurück.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 31. Dezember 1889.

Der große Sozialistenkongreß in Obergeld ist zu Ende. Zwar sind im Augenblick, da wir dies schreiben, die Blätter noch nicht ganz abgeschlossen, und die Fällung des Ministerpräsidents kann sich noch mehrere Tage hinziehen, aber das Gesamtbild, das der Kongreß darbietet, vermag nicht mehr geändert zu werden. Wir denken und sehr mit aus, wenn wir feststellen, daß dieser Kongreß, der ein tödtlicher Schlag gegen die Sozialdemokratie Deutschlands sein sollte, mit einer totalen Niederlage des oder der Wähler desselben geendet hat, eine Niederlage, an welcher der Tyrann der Richter, wie immer er auch ansetzt, nicht das Geringste zu ändern im Stande ist. Ein höherer Gerichtshof als der der Obergelder-Staatskammer hat sein Urtheil heute schon gesprochen: die öffentliche Meinung, und wer wissen will, wie er lautet, der lese — nicht die sozialistische und Arbeiterpresse, was die Organe der verschiedenen Opposition, nein diejenigen Organe der Arbeit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die noch nicht verurtheilt sind, die sich noch den Rest eines eigenen Urtheils bewahrt haben. Wenn diese durch ihr ganzes Verhalten zeigen, daß sie sich des Prozesses schämen, so ist das eine Verurtheilung derselben, wie sie sich schämen nicht gebührt werden kann. Und das ist unabweislich mit dem Obergelder-Prozess der Fall. Unsere Feinde schämen sich seiner — gibt es ein vernünftigeres Erkenntniß?

Während des ganzen Prozesses hat der „Sozialdemokrat“ eine große Rolle gespielt, die Hauptfragen drehten sich um die Stellung der Angelegenheit zu ihm, beziehungsweise seiner Verbreitung, wie überhaupt das Verhältnis des „Sozialdemokrat“ zur sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Die Anklage hatte behauptet, trotz der Erklärung der Reichstagsfraktion vom Oktober 1886, die nur ein Scheinmandat gewesen sei, sei der „Sozialdemokrat“ noch heute offizielles Parteiorgan, trotz jener Erklärung sei die Partei gewissermaßen heute noch eine große Verbindung zur Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und ähnlichen verdorbenen Schriften. Die Wahrheit dieser Behauptung ist so offensichtlich, so mit den Händen greifbar, daß es kaum der Mühe lohnt, dieselbe zu widerlegen. Eine Partei, die ihre Anhänger noch hunderttausenden zählt, die mehr als dreihundert Millionen Wähler in's Gewicht führt, soll die Verbreitung eines Wochenblattes von so geringem Umfange wie das unsere zum Zweck haben! Wie klein denken doch die Herren, die so etwas zu schreiben wagen, von der modernsten, der, was sie auch sonst ist, die größten Gehirnen der Neuzeit vertretenden Partei. Wie erklärlich die Präsumption eines Hirns, in dem die großartigste Bewegung, die die Weltgeschichte kennt, zu einem so unwichtigen Umfange gelangt zu sein!

Wir haben bis heute in der Anklage geschwiegen, nicht nur, um der Beleidigung nicht vorzugreifen, sondern in der Voraussicht, daß was wir uns erklären würden, von der Staatsanwaltschaft in einem den Angeklagten unangünstigen Sinne gedeutet werden würde. Wir kennen die Gefahr vom Schlage eines Blisses. Diese Demagogen des Gerichts sind bis auf's Haar den Demagogen der Versammlungsg-

tribüne. Wie verlegen, wissen sie jedem Vorgang, jedem Zwischenfall eine Auslegung für ihre Zwecke zu geben. Meine Herren Richter, brauchen Sie noch einen Beweis dafür, daß die Verbindung mit dem „Sozialdemokrat“ besteht? Sehen Sie hier, die neueste Nummer dieses Blattes bestätigt die Aussagen der Angeklagten. Die Redaktion des Blattes spielt mit den Angeklagten unter einer Decke.“

So scheinbar diese Deduktion, so wollten wir selbst zu ihr keinen Anlaß bieten, und schwiegen deshalb lieber. Nun aber ist die Zeit gekommen, wo auch wir reden dürfen, ohne der Verdächtigung Boden zu geben, daß wir auf Bestellung oder im Einvernehmen mit der Verteidigung sprechen.

Wenn eine Erklärung anfrichtig gemeint war, wenn eine Erklärung genau den Thatfachen entspricht, so war es die der Reichstagsfraktion vor Mitte Oktober 1886, die den Charakter des „Sozialdemokrat“ als offizielles Parteiorgan anerkand, und die Vollmachten, welche die Verwaltung dieses Blattes der Parteivertretung in die Hände gegeben, ihr wieder zurückgab. Jeder Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit ist schon deshalb hinfällig, weil sie einmütig ein Akt der Nothwendigkeit und zweitens auch ohne Schädigung der Parteinteressen durchführbar war. Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat andere Mittel, zu den Parteigenossen zu sprechen, als den Mund des „Sozialdemokrat“, und daß sie auf diesen verzichtete, hat die Partei nicht verhindert, noch wie vor zu wachsen und zu gedeihen. Freilich, auch der „Sozialdemokrat“ gedeiht noch wie vor. Aber das ist ein ganz anderes Kapitel.

Diejenigen sind sehr im Irrthum, die da meinen, die Bedeutung des „Sozialdemokrat“ habe und falle mit seiner „offiziellen“ Eigenschaft. Nichts weniger als das. Die Entstehungsgeschichte des „Sozialdemokrat“, seine ganze Vergangenheit beweist das Gegenteil. Der „Sozialdemokrat“ ist gegründet worden, nicht weil die Parteivertretung, sondern weil die deutschen Genossen, die sozialistischen Arbeiter Deutschlands, eines Organs bedurften; nicht die Name, der Inhalt einzelner Personen triff ihn ins Leben, sondern die Nothwendigkeit. Und wie ihn in früheren Jahren die Gegnerhaft einzelner, sonst recht einflussreicher Genossen nicht zu schaden vermocht hat, so würde heute auch die Umth des einflussreichsten Führers seine Existenz um keinen Tag verlängern, wenn diese Existenz selbst nicht noch ein Gebot der Nothwendigkeit wäre. Dies ist die so einfache, und gerade darum von den Staatsweisen in Deutschland so vergeblich gesuchte Erklärung, warum der „Sozialdemokrat“ heute noch besteht, noch heute von Tausenden und Abertausenden deutscher Arbeiter gelesen, als ihr „Organ“ betrachtet wird. Unser Leserkreis ist die einzige, zugleich aber auch die kompetenteste Entscheidungsinstanz für unsere Existenzberechtigung.

Wir haben es wiederholt erklärt und erklären es wiederum, daß wir weit entfernt sind, zu befehlen, daß unsere Aufgabe heute nicht die gleiche mehr ist, wie vor zehn, noch vor fünf Jahren. Die deutschen Arbeiter sind heut weniger auf uns angewiesen als damals. Sie haben heut an Ort und Stelle eine Presse, die ihre Interessen vertritt, und dies oft in einer Weise, die die vollste Anerkennung verdient. Aber die Existenz dieser Presse ist eine prekäre, die Laune des ersten besten Polizeipolizisten kann ihr das Genick brechen — ein Wind des Reichsgewaltigen, und ihr ist das Lebenslicht ausgeblasen. So lange dieser schmachtvolle Zustand besteht, so lange über der deutschen Arbeiterpresse das Damoklesschwert eines infamen Ansehensgerichtes schwebt, so lange wird der „Sozialdemokrat“ fortbestehen, allen seinen Feinden zum Trotz. Keinen Augenblick mehr würden wir die Feder rühren, um vom Ausland her über deutsche Verhältnisse zu schreiben, wenn die deutschen Arbeiterblätter dies rücksichtslos thun könnten, ohne die Unterdrückung zu riskiren. So lange dies aber nicht der Fall, so lange die Verhältnisse in Deutschland so jämmerliche sind, wird auch die Anomalie eines außerhalb Deutschlands erscheinenden deutschen Sozialdemokraten fortbestehen. Dies der Gedanke, der uns veranlaßt, auf eigene Verantwortung, die wir Jedem gegenüber aufrecht erhalten, unser Blatt fortzuführen zu lassen, und der andererseits unsere Leser veranlaßt hat, in aller Treue zu uns zu halten. Sie wissen, daß der „Sozialdemokrat“ seinen andern Gehirge hat, als der Richter der Interessen der deutschen Arbeiter zu sein, auf den dieselben sich unter allen Umständen verlassen können, und dessen bloße Existenz schon ihrer Sache einen Rückhalt gewährt, von dem wir, ohne Ueberhebung, sagen dürfen, daß er grade die perfidesten Mandate der Feinde der Arbeiterfrage zu nichte gemacht hat.

Nachschrift. Nachdem das Vorstehende gesagt, ersehen wir aus einem neuerlichen Telegramm, daß das Erkenntniß des Gerichts bereits gesprochen: Bebel, Grillenberger, G. Schuhmacher und 14 weitere Angeklagte freigesprochen, die übrigen der strafbaren „Verbindung“ Angeklagten aber zu Gefängniß von 14 Tagen bis zu sechs Monaten (Genosse Harm) verurtheilt wurden, während über Gustav Fränke, der zugleich wegen Mordthatbedeutung angeklagt war, achtzehn Monate Gefängniß verhängt worden sind.

Ueber dieses letztere Urtheil enthalten wir uns für heute jeder Bemerkung. In Bezug auf den sogenannten „Geheimbund“ geht aus der Meldung vorläufig soviel hervor, daß der Gerichtshof die „geheimen Verbindungen“ über ganz Deutschland nicht anerkannt hat.

Damit ist die Niederlage des Herrn Binoff, der gerade auf diesen Beweis seine Hauptanstrengung gerichtet hatte, perfekt. Der große, jahrelange vorbereitete, ja mehr noch, gesündete Prozeß ist wie der Schnee vor der Sonne zerfließen, und übrig bleibt ein lokaler Prozeß, der nur als Anklage gegen die schmachtvollen Zustände in Deutschland, die die Ausübung der elementarsten politischen Rechte zu Verbrechen stampeln, Bedeutung hat. Nicht die Missethäter der Angeklagten sind verurtheilt, nicht ein Viertel der beantragten Strafen erkannt — gerichtet aber ist einzig und allein das herrschende System in Gestalt der Binoff, Kammerhoff und der sonstigen Stützen der Ordnung und des Geheles. Wir gratuliren!

— In der Elberfelder „Freien Presse“ erlöst Genosse Frohme folgende Erklärung:

„Die am Dienstag vom Jungen Polizeikommissar Täger über mich gemachte Anklage ist in allen Punkten unanweh. Ich bin nie in Düsseldorf in einer „heimlichen Versammlung“ gewesen; ich habe mich niemals und nirgends in der von Täger behaupteten Weise über den Eid ausgesprochen. Wo immer ich Gelegenheiten gehabt habe, über das Verhalten in politischen Prozessen „Berathung“ zu ertheilen, da habe ich das stets in einem der Androge des Täger konstitutierten entgegengesetzten Sinne gethan. Wer mich kennt, wird mir das glauben und zu der Behauptung des Täger, der sich jedenfalls auf einen sogenannten „Gewährsmann“ stützt, mitleidig die Achseln zucken.“

Düsseldorf, den 19. Dezember 1889.

Karl Frohme, Reichstagsabgeordneter.“

Herr Täger hatte keine Ausflucht, — daß Frohme in einer geheimen Versammlung in Düsseldorf den Reichsdeputirten empfohlen — auf seinen Dienst abzugeben. Herr Täger ist Polizeikommissar, also — ein Ehrenmann. Und Ehrenmänner sind alle keine Gewährsmänner! Wer's nicht glaubt, untergründet die „fittliche Weltordnung.“

— Eine recht hübsche Charakteristik des nationalkonservativen Kartells liefert Herr Ludwig Bamberg — weiland selbst Kartellbruder — in der „Nation“. Er zitiert einen Ausspruch seines Fraktionsgenossen Miquel aus den Tagen des Norddeutschen Bundes, daß der wahre Jovialpuls nicht zwischen Nord und Süd, sondern zwischen Ost und West — nämlich des deutschen Reiches — bestehe. Das sei natürlich so gemeint gewesen, daß

„die Aufgabe für uns Liberale sei, den Geist des Ostens mit dem Geist des Westens zu belegen, nicht Hannover mit Schwaben zu bekämpfen, sondern beider vorgezeichnete politische Kultur siegreich über die Erde zu führen. Mit einigem Vergnügen, wenn auch nicht ohne einige Behauptung denke ich noch jetzt an die Stunden zurück, da der farbenprächtige Genereit und seine neue Lehre vortrug. Schade nur, daß sie fast ins Gegetheil verkehrt worden ist. Denn wenn man's kurz zusammenfassen will, die Summe der inneren deutschen Entwicklung ist heute die: der Osten hat den Westen besiegt. Und besetzt in des Wortes tiefer Bedeutung: der Geist des feudalen Ostens hat den Geist des bürgerlichen Westens unterjocht und zu seiner Anbetung herabgedrückt. In der Sprache des Tages nennt man das Kartell.“ Das heißt: die Junker des Ostens mit Gefolge stehen in die Reichsflagge ein, und die Bürger des Westens lassen die liberale Flagge da.“

Das ist sehr richtig gesagt, und auch das Folgende kann im Großen und Ganzen als richtig gelten:

„Das eben ist ja das Charakteristische an der nihilistischen Kartellpolitik, die gar keinen Inhalt hat, daß sie die Herrschaft des feudalen Junkers nicht wieder, sondern zum ersten Mal in Preußen, seitdem es besteht, auch wieder gebracht hat. Preußen ist nie von den Junkern, sondern von seinen Monarchen und der Bureaucratie regiert worden.“

Wenig, aber es ist nicht das erste Mal, daß sich das Königthum in Preußen mit dem Junkerthum identifizirt hat. Nur daß es das nie zuvor in solchem Maße, nie so schamlos gethan hat wie heute. Und daß es das nie so unerschrocken thun dürfte wie heute, wo das Bürgerthum entweder, wie Herr Bamberg sehr schön sagt, selbst die liberale Wulst dazu macht, oder sich jedesmal, wo ein kräftiger Protest am Plage ist, in seiner Untertänigkeit am Boden krümmt. Es waren keine nationalliberale Kartellbrüder, sondern deutschfreisinnige Fraktionsgenossen des Herrn Bamberg, die auf die bei der Brunnendepuration verdrängten Junkertritte mit der Apposition der Schloßfreiheit — was das für ein kostbares Wort ist — antworteten. Und auf solche Jammersinge sollte der „Jardillantenant“ von Berlin bei seiner Schwärmerie für die „Besten und Besten der Nation“ die geringste Rücksicht nehmen? So blau, daß sie schreien und klagen.

— Nein, das Bürgerthum wird den „Osten“ nicht besiegen, weder das nationalliberale, noch das deutschfreisinnige mit seinem demokratisch-volksparteilichen Anhang. Wer daraus warten wollte, der könnte in der That warten, bis er schwarz wird. Diesen Kampf wird das deutsche Proletariat auszusuchen haben, nicht ein Einziger in seiner Partei, der Sozialdemokratie, der das nicht wüßte, nicht ein Einziger, der sich darüber Illusionen hingibt, wie die Hülse ausschaut, die das freisinnige Bürgerthum im gegebenen Moment den Arbeitern im Kampf mit dem „Osten“ leisten wird.

Uebrigens ist der Gedanke dieses Kampfes mit dem „Osten“ durchaus nicht Original des Herrn Miquel, wie Herr Bamberg an einer Stelle seines Artikels glauben machen möchte. Herr Miquel hat ihm bloß eine nationalliberale Form gegeben. Kräftiger hat ihn viele Jahre früher freiwillig in seiner „Schlacht um den Birkenbaum“ gekennzeichnet, und zu Ray und Frommen der nationalliberalen Kartellbrüder mögen einige Verse derselben hier folgen:

Und zwei Heere, zahllos wie Blätter im Wind,
Stehen wild auf einander ein;
Das eine mit hellem Trompetenschall,
Hoch heran in der Richtung vom Rhein.
Das waren die Völker des Westens, die freien!

Und voran zog ihren unendlichen Reichen
Im Rausche des Pulvers ein rothes Panier!

Das warf sie entgegen den Sklaven des Ostens,
Die das Banner geführt mit wildem Getöse,
Unabhängig über die Fläche tosen —

Und ich wußte, — doch hat es mir Keiner gesagt —
Das ist die letzte Schlacht,
Die der Osten gegen den Westen wagt
Um den Sieg und um die Macht!
Das ist der Anechtshaft letzte Verenden!
Das ist, wie nie noch ein Würfel fiel,
Aus der Könige falten bebenden Händen
Der letzte Wurf in dem alten Spiel!

Ja, nicht nur, Herr Junge! Köm's doch noch erleben!
Seid ja siebenzehn oder achtzehn faum!

— Heilig ist — die Sklaverei. Wir lesen in der „Frankfurter Ztg.“: Ueber die Sklaverei an der westafrikanischen Küste, also doch wohl auch in den dortigen deutschen Kolonien, erhält die „Allg. Ztg.“ von einem Reisenden einen Beitrag, aus dem von Neuem hervorgeht, daß dort der schwungvolle Sklavenhandel getrieben wird. Es ist von häufigen Sklavenkarawanen die Rede. Die Zustände des Afrikareisenden schließt sobann:

„Würde man die Sklaverei einfach abschaffen, dann müßte man den Eingeborenen Ersatz bieten für dieses beileigete Rechtsinstitut. Es muß der Gedanke aufgegeben werden, den afrikanischen Verhältnissen die europäischen Schablone aufzuzwingen. Nur durch den sich ganz allmählich vollziehenden Prozeß langsamen Vordringens europäischer Kultur in den nun schon von allen Seiten in Angriff genommenen afrikanischen Kontinent wird das Ziel erreicht werden, welches die christlichen Völker gegenwärtig in den Vordergrund ihrer Bestrebungen gestellt haben: Beseitigung der Sklaverei.“

„Das ist“, heißt es dann in der „Frankfurter Ztg.“, „einerseits eine blutige Satyre auf die Befämpfung des Sklavenhandels durch deutsche Waisen in Ostafrika und andererseits eine merkwürdige Behauptung der Angaben von Krause (daß gerade in den deutschen Gebieten dem Sklavenhandel Vorwand geleistet werde. Red. des Soz.), beides in einem gouvernementalen Blatte.“

Weiter kann man freilich den so pathetisch gepredigten Kreuzzug gegen die Sklaverei nicht persifliren, als durch diese Verfristung auf den sich „ganz allmählich vollziehenden Prozeß langsamen Vordringens“ etc. Immer langsam voran, damit inszwischen noch recht viel am Menschenhandel verdient werden kann. Der Ruf „heilig ist das Eigenthum“, mit dem man uns im jüdischen Europa langweilt, verändert sich in dem zu jüdischere Afrika in den Ruf: Heilig ist die Sklaverei! Steht wie die Kaden, ihr Kultur nach Afrika Exportirer, aber rührt um Gotteswillen nicht an der Sklaverei! Sie ist ein Rechtsinstitut, für das man den Eingeborenen Ersatz bieten müßte.

Der Sklavenhandel in Afrika — ein „Rechtsinstitut“! Was doch diese Waischen für ein Talent haben, den niederträchtigsten Dingen die hochtrabenden Namen beizulegen. Wahrhaftig, darin macht es den Reuendischen kein Volk der Erde gleich.

— Eine Ente, aber keine harmlose. Aus untern amerikanischen Brudersorganen ersehen wir zu unserm Erstaunen, daß wir von der englischen Regierung wegen unserer Angriffe auf Bismarck eine Verwarnung erhalten haben. Wir selbst hatten bisher nichts davon gewußt und wahrscheinlich ging es der englischen Regierung eben so.

Wir nahmen daher im ersten Augenblick die Meldung nur humoristisch und wollten bereits über sie zur Tagesordnung übergehen, als uns einfiel, daß die Sache doch nicht ganz ohne sei. Es gibt Enten, die viel wahrer sind, als manche „authentische“ Beredsamlichkeiten. Sie plaudern zwar nicht aus, was geschehen ist, wohl aber, was nach der Ansicht ihrer „Bäuer“ geschehen soll. Sie haben den Zweck, das Publikum auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten. Noch für jeden Gewaltstreik Bismarcks ist auf solche Weise durch „Enten“, „Indiskretionen“ etc. Stimmung gemacht worden. Bei der besonderen Liebe, die der „größte Staatsmann des Jahrhunderts“ für unser Blatt hegt, eine Liebe, für die der überzeugteste Beweis in der Thatfache herauf, daß nicht Aufforderungen zu Mord und Brand, sondern unsere Angriffe auf die „Dynastie Bismarck“, unsere unablässige Bloßlegung der Verbrechen des Chefs dieser Dynastie, die Arbeiterbewegung seiner Junkerpolitik dienlicher zu machen, unsere Anweisung zur Folge gehabt, bei dieser heftigen Jureignung, die rechtlich verdient zu haben, unter größter Stolz und weiter zu verdienen unter eifrigem Bestreben ist, ist es gar nicht undenkbar, daß der Waisch unseres Wonnens auch der Vater dieser Ente war. Doch ist der Waisch ein rein platonischer, aber wer weiß, ob nicht doch noch die Gelegenheits kommt, wo ein sanfter Druck auch in St. James Verständlich findet. Jedenfalls thut es nichts, die Leute rechtseilig an den Gedanken zu gewöhnen.

Nun, wir wissen zu gut, wie weit wir uns auf das Asyl in England verlassen dürfen, und wie weit nicht, als daß diese Waischen uns und die geringste Wirkung ausüben könnten. Weshalb wir der Sache erwägen, ist vielmehr, unsere amerikanischen Genossen darauf aufmerksam zu machen, welcher Natur diese und ähnliche Enten sind. Es wäre immerhin interessant und nützlich, nachzuweisen, von wo die lieben Thierchen ausgehen, und wir richten daher an die Genossen drücken

das Ersuchen, die Sache diesmal nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern so weit es in ihren Kräften liegt, ihr auf den Grund zu gehen. Vielleicht unterzieht sich einer der Redaktoren der „New-Yorker Volkszeitung“ dieser Aufgabe und berichtet uns darüber. Wir haben nämlich unsere ganz bestimmten Vermuthungen, über die wir gerne Gewißheit haben möchten.

— Wer ist „Bevölkerung“? Im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ steht über die wirtschaftliche Lage im Regierungsbezirk Königsberg folgendes zu lesen:

„Aus Königsberg wird berichtet, daß die Lage der arbeitenden Klasse als gute bezeichnet werden kann. Bei reichlicher Beschäftigung hat sich der durch unaußersichtlichen Abgang nach den Industriebezirken der westlichen Provinzen stellenweise stark gelichteten Arbeiterbevölkerung guter Verdienst geholt. Die ausgiebige Ernte an Kartoffeln im Regierungsbezirk Königsberg und die dadurch verurtheilten niedrigen Preise des Hauptlebensmittels dieser Klasse tragen zur Sicherstellung derselben bei. Die schlechte Lage und der Geldmangel der Bevölkerung bleibt auf die unmittelbar von derselben abhängigen Handwerker der kleinen Städte nicht ohne Einfluß.“

Damit bem. it die Berliner „Volksztg.“:

„Also: die Lage der arbeitenden Klasse ist gut, die der Bevölkerung schlecht. Da die arbeitende Klasse auch im Regierungsbezirk Königsberg die Mehrheit der Bevölkerung bildet und sich in guter Lage befindet und guten Verdienst haben soll, so fehlt uns jede Erklärung für die Behauptung, daß die Lage der Bevölkerung schlecht sei, wenn wir nicht annehmen sollen, daß der Berichterstatter des „Reichsanzeigers“ unter der Bezeichnung „Bevölkerung“ nur die Großgrundbesitzer versteht, denen es trotz aller Getreidepreise und sonstiger Zuwendungen seitens des Reiches und des Staates auch nach der Verzögerung des Waisen Raub im mer noch schlecht geht.“

Wie kann das fortschrittlich-demokratische Blatt nur daran zweifeln, daß wirklich „nur die Großgrundbesitzer“ die Bevölkerung bilden? Wir sind eben mit der Zeit fortgeschritten. Vor etwa 16 Jahren hieß es im deutschen Reichstag: „Wir gehören auch zum Volk, heute aber heißt es bereits: Wir sind das Volk. Alles andere zählt nicht, läuft nur so nebenbei. Keiner Provinz ist das so eindrucklich zum Bewußtsein gebracht worden, als gerade Ostpreußen. Die neueste Zoll- und Wirtschaftspolitik hat Handel und Industrie der Provinz tödtlich getroffen, aber was kam darauf an? Der „Bevölkerung“, das heißt, den Ritten- und Kartoffel-Junkern wurde geholfen, und das ist ja doch die Hauptsache. Das ihnen noch nicht genug geholfen ist, daß sie noch nicht genug Geld haben, ist freilich bedauerlich, aber dem ist leicht abzuhelfen. Man braucht sich ja nicht durch Mittel für die Arbeiterklasse betreiben zu lassen. Dichter geht es brillant, denn Kartoffeln bilden das Hauptlebensmittel dieser Klasse, und Kartoffeln sind billig, folglich sind die Arbeiter im Himmel. Also, nur zu mit neuen Jollen und neuen Zuwendungen aus dem Stencherfäkel. Kommt noch ein Gesetz dazu, das den Arbeitern das Fischen nach dem Westen austreibt, dann ist der „Bevölkerung“ vielleicht wirklich geholfen. Und geht es ihr gut, so geht es allen gut, selbst den „von ihnen abhängigen Handwertern der kleinen Städte“. Denn dann brauchen sie sich ja nicht mehr die Motten für die Frau Gemahlin, die Möbeln für die neu hergerichteten Prunkzimmer u. s. w. aus Berlin oder gar aus Paris kommen zu lassen, wie sie heute blutenden Herzens thun müssen — aus Geldmangel.

— Es gibt noch Geschworenengerichte in der Schweiz. Das eidgenössische Schwurgericht in Neuenburg hat die Verfasser und Verbreiter des anerkannten Manifests gegen den Bundesanwaltschaft einstimmig freigesprochen. Es geschähe kein besonderer Heidenmuth dazu, dieses Erkenntniß zu fällen, denn das Manifest enthält auch nicht einen Satz, der strafrechtlich zu belangen gewesen wäre, aber man ist heute an so viel Feinheit und Geinnungskamperlei gewöhnt, daß man es schon konstatiren muß, wenn ein Gericht sich unabhängig genug zeigt, auch dann freizusprechen, wenn die Freisprechung eine Blamage für die höchsten Behörden des Landes bedeutet. Daß aber dieses der Fall, darüber dürfte selbst Herr Droz nicht mehr im Zweifel sein.

Ein recht hübsches Intermezzo aus dem Prozeß verdient auch im „Sozialdemokrat“ Erwähnung. Der Angeklagte Mirolet verlor, um nachzuweisen, daß viel schärfere Publikationen als das Manifest nicht verfolgt worden, ein Gedicht, dessen Hauptvers ein schweizerischer Korrespondent der „Allg. Ztg.“ so überliefert (das Original ist französisch):

O Könige, die Stunde kommt bestimmt,
In der die Reichheit an Euch Rache nimmt;
In der Ihr dieck, bekrönt, verachtet, verflucht,
Nur in der Nacht noch Heil und Rettung sucht,
In der Schaffens mit Thronen man zusammen
Und Speiter, Schwerter überlegt den Flammen,
Und in die Schale Bluts, schon voll zum Ueberfließen,
Der letzte Tropfen fällt, wenn Gutes wir verathen!

Diese Verse, fügt der Angeklagte hinzu, stammen nicht etwa von mir oder von irgend einem Anarchisten, sondern von unserer Ankläger Herrn Stochar.

Natürlich, heißt es weiter, war dieser über die unvermuthete Aufdeckung einer poetischen Jugendfunde nicht eben erbaud, aber er gab durch eine leichte Kopfbewegung zu verstehen, daß er sich zur Autorität bekenne. Herr Stochar, welcher im Namen der Eidgenossenschaft die Anklage vertritt, ist ein literarisch feingebildeter, sehr fortschrittlicher Jurastier und vertritt den Jura im Nationalrath. Daß er einst den Königen so fürchterliche Anklagen angedroht hatte, wüßte man allerdings in weiteren Kreisen nicht; wahrheitsgemäß hat ein „guter Freund“ den Anarchisten die Sache zugeeignet.“

Die Ueberlegung ist nicht abel, nur die Schlussstriche ist im Deutschen viel weniger energisch wiederzugeben, als sie im französischen Uebersetzt lautet. Dort heißt es wörtlich:

„Die Schale Bluts verlangt noch einen letzten Tropfen —
Dies Blut, Tyrannen, soll das Gute sein.“

Wobei dem „freien“ Schweizer, der das heute drucken wollte!

— Damit der Humor nicht ausfirt, hat Herr Treitschke den vierten Band seiner „Deutschen Geschichte“ erscheinen lassen. Unter Anderem wird darin das „Junge Deutschland“ behandelt, und man kann sich auch ohne Proben vorstellen, wie der Schellenwunde der deutschen Geschichtsschreibung mit dem Heine, Börne, Gutzkow etc. dort unspringt. Das ganze Schimpfregister des Antisemitismus wird über die Dichter und Schriftsteller ausgegüßelt, die von einem Deutschland ohne Pöbelhaube zu schwärmen wagten. Das ist nun an sich nicht kurzweilig, denn wenn Herr Treitschke z. B. um Heine zu vernichten, ihm vorwirft, daß er „niemals ein Trinklieb geblieben“ hat, daß der „Orientale“ nicht „nach Germaniaart zu reden“ vermochte, so kam er nur wieder, was die Narr, Henriel ihm so oft vorgeleiert, daß es wirklich recht langweilig geworden ist. Aber Herr Treitschke haßt zum Glück nicht bloß die Juden, sondern alles, was nicht vor den Hohenpöbeln auf dem Boud liegt. Und in diesem Haß wird er wunderbar kurzweilig.

Man höre z. B. folgende Tirade, die der edle Jugendjünger über Karl Gutzkow zum Besten gibt:

„Ein echter Berliner, der Natur entfremdet, ganz Verstand, ganz Bildung, so daß selbst seine Leidenschaft einen doltrinken Zug zeigte... Sein Tagelohn hing es ihm nach, daß er in dieser Großstadt aufgewachsen war, wo selbst der Pöbel kein ärgeres Schimpfwort kannte, als den Namen „ungebildeter Mensch“, wo die Kinder sich fröhe schon in den Tücherbuden ihrer eigenen Pfendhalsigkeit bewußt wurden, aber selten oder niemals eine deutsche Kinderherde zu Gesicht bekamen.“

Ist das nicht prächtig gesagt? Nicht nur die lebenden „Germanen“, sondern auch „die deutsche Kinderherde“ das Ideal, das die edle deutsche Gesinnung erzeugt. Nur wer die deutschen Wiberkürer bei ihrer so tranklichen Arbeit erkannt, hat das edle deutsche Gemüth. Aber keine deutsche Kinderherde erblickt, der ist kein deutscher Mann.

Doch — solche Dinge vertragen keinen Kommentar. Darum gehehe man uns lieber eine kleine Anekdote bei einem der pietätvollen Gebächten des obigen Satzes sofort die berühmten Verse zur Verherrlichung Rabes I dahin:

Ein schwanarces Weib, das den Treitschke gehört,
Hat einen Laßen geboren.

Zwei Notizen. In der Berliner „Volkszeitung“ von voriger Woche lesen wir:

Das Regiment der Garde du Corps wurde am Mittwoch Abend halb nach 9 Uhr in Potsdam plötzlich alarmiert. Ein Berichterstatter stellt uns als „Augenzeuge“ darüber Folgendes mit: In wilder Hast stürzten die Mannschaften, die theilweise schon in den Betten lagen, nach den Pferden, die scheinbar geladelt wurden, und boten gings in laukendem Halssow durch die Straßen der Stadt nach dem bornsichter Felde. Die Weibschwaben des Regiments, welche zum Theil in der Kaiserin am Berliner Thor liegt, hatte den Kuffen, zunächst das königliche Stadtschloß zu besuchen, und dabei ereignete sich denn folgende wahrhaft kriegerische Episode: Als die Garde du Corps in wilder Hast um die Ecke am Berliner Thor führten, und zwar meist einer hinter dem andern, je nachdem sie mit dem Kuffen fertig geworden, stürzten bereits 10 bis 12 Mann einer über den andern. Die Länge des einen drang einem Pferde in die Seite, so daß das Thier sorgebracht werden mußte. Die Reiter raffen sich sofort wieder auf, aber viele von ihnen hatten zerbrochene Lanzen, zerrissene Kleidungsstücke u. und eine Anzahl Pferde hatte ohne Reiter das Weite gesucht. Am Donnerstag Morgen wurden noch 4 bis 5 Pferde in der Nähe von Saarum und horendos umherirrend eingekapert. Ein Teil der Garde du Corps war inzwischen weiter gestürzt durch die Berliner und Brauerstraße dem Stadtschloß zu, wobei verschiedene Personen in großer Gefahr schwanden, überritten zu werden. An der Ecke der Humboldtstraße kam es alsdann zu einem zweiten recht ernsthaften Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk. Dort kam nämlich der Pferdehändler G. Voigt, Spreckstraße 4 wohnhaft, mit einem Zwiespänner angefahren und zwar gerade in dem Augenblick, als die Garde du Corps um die Ecke führten. Die Reiter konnten die Pferde nicht mehr parieren und so sprengten denn die ersten Reiter mitten in das Fuhrwerk hinein, die andern Reiter folgten, und so entstand denn ein wirrer Knäuel von übereinanderstürzenden Soldaten und Pferden, bei dem die Pferde des Voigt unten zu liegen kamen, das Gewicht seines Wagens, sowie die Delichlange derselben in Stücke zerbrachen und Herr Voigt selber vom Wagen geschleudert wurde, nachdem er vorher mehrfach in der Gefahr geschwebt hatte, von den Lanzen der übereinanderstürzenden Garde du Corps aufgefressen zu werden. Nur mit vieler Mühe gelang es, die Pferde, welche sich in die Decken des Wagens verwickelt hatten, auf die Straße zu bringen, wobei sich denn wiederum herausstellte, daß mehrere sehr schwere Vorfälle vorgekommen und Lanzen und Säbel der Reiter zerbrochen waren. Der Pferdehändler Voigt sah sich weiter genöthigt, seine sitzenden Pferde und sein zerbrochenes Fuhrwerk in einem Gasthof einzufassen; er wird Ersatz für seinen Schaden verlangen. Inzwischen waren die Garde du Corps weiter galoppirt nach dem bornsichter Feld, woselbst sich sämmtliche Schwabronen, einschließlich der Reiter, zusammenfanden. Ein Reiter, welcher erst zwei Tage beim Regiment ist, hatte es gleichfalls fertig gebracht, auf dem Sammelplatz rechtzeitig zu erscheinen; er erhielt dafür eine Belohnung von 10 Mark. Viele Mannschaften sollen in hundert sammlungsgewährte Reiterung erschienen sein. Um 11 Uhr wurde das 1. Garde-Regiment wieder nach Hause reiten. Um 11 Uhr wurde das 1. Garde-Regiment ebenfalls alarmiert. Ein höchstes Stück Krieg im Frieden, nicht wahr?

Auf dessen Befehl diese Alarmirungen vorgenommen werden, weiß natürlich Jedermann. Es ist der „oberste Kriegsherr“, Wilhelm II., der sie anordnet.

Run die zweite Notiz. Sie fand sich um dieselbe Zeit in ausländischen Zeitungen und lautet:

„Der deutsche Kaiser wird wieder von seinem Ohrenleiden geplagt, das sich seit den letzten Tagen sehr verschlimmert hat. Er befindet sich behändig unter ärztlicher Behandlung. Die Schmerzen verlassen ihn keinen Augenblick.“

Was haben diese Notizen miteinander gemein? Scheinbar sehr wenig. Bloß das Subjekt oder, wie man es auch ausdrückt, den Heiden. Die erste schildert ihn — den Heiden — als handelnde, die zweite als leidende Persönlichkeit. So sehr wir nun Grund haben, dem deutschen Kaiser als handelnde Person unsere Aufmerksamkeit zu schenken, was geht uns an, was er — körperlich — leidet?

An sich geht es wenig. War's ein gewöhnlicher Streblücker, von dem die zweite Notiz berichtet, so würden wir ihn bemitleiden, einer Majestät von Gottes Gnaden gegenüber erlauden wir uns so intime Empfindungen nicht. Aber mit den Leiden der Regenten hat es auch sonst seine Verwandtschaft. Das mußte schon der alte Garag, von dem der Sag herrührt: Quisquis dolentem reges, plebscitatur Achivi — wenn die Könige rufen, so müssen es die Änner, d. h. die Völker, lässen. Völker haben schon in den Krieg ziehen müssen, weil ihre Könige schlecht geführt haben, und wenn heute die Macht der Fürsten erheblich geschwächt ist, so ist sie doch immer noch bedeutend genug, daß Göttern, wenig irgend ein Monarch Ohrenleiden hat, unter Umständen dessen Volk leid tun kann.

Wir sprechen im vollen Ernst. Auf die plötzlichen Alarmirungen kommt es im Grunde wenig an, selbst die obige Schilderung weiß nur von geträumerten Lanzen, Bogen u. und einem durchbohrten Pferd zu erzählen. Wenn also die Ohrenschmerzen Wilhelm II. bloß den Soldaten zeitweilig elliche Lüdenmitleidenheiten verurachen, so könnte man es dabei bewenden lassen. Mit großem Recht wirft aber das „Philad. Tageblatt“ die Frage auf: Wie aber, wenn das Leiden vom Ohr auf das Hirn übergriff, wie das oft in gewissen Fällen? Wenn Wilhelm II. nicht bloß vor physischem Schmerz zu rufen beginnt?

Wie es mit Königen zugeht, wenn sie zu hahnirung werden, darüber ist gerade jetzt aus ganz unverschämter Quelle eine Schilderung erschienen, die wirklich zu bezeichnen ist, um sie nicht auch hier wiederzugeben. Herr Heinrich v. Sobel, lgl. preussischer Historiker, hat in seinem, auf archivalische Studien beruhenden Bande „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ mit diesen Worten zugegeben, was freilich längst bekannt war, daß der Großkanzler Wilhelm II., Friedrich Wilhelm IV. längst hahnirung war, wie er die Regierung abgab. U. A. schiedet er die Reichsarbeit Friedrich Wilhelms IV. — und in diesem Punkt gibt dem „Champagnerfrüh“ sein Wohnhafte schwerlich etwas nach — und fährt dann fort:

„Gleich nach einer solchen Szene brach er ohnmächtig zusammen; die in den letzten Jahren durchgemachten Affektionen hatten seine Kraft verzehrt, ein Schlagflus hatte ihn getroffen. Noch hatte man Hoffnung, da seit den erschütternden Tagen von 1848 nie mehr solch schwächere Anfälle ähnlicher Art vorgekommen waren, als das Gedächtnis auslegte oder der König in stilles Briten versank, wo es gefährlich war, ihn zu erwecken. Das Alles aber war wieder vorübergegangen, und auch jetzt bessere sich nach einiger Zeit des Schwanzes kein Aufwand; er beschäftigte Truppen, machte eine kleine Reise und hielt noch eine Sitzung des Staatsministeriums ab, bei der ein Vortrag noch besonders tragisch war. Seit den Märztagen war die dänische Vorkriegung bei ihm entstanden, daß zu seiner eigenen Ehre Gott ihn zur Jüngerin alles sinnhaften Wesens eingeleitet habe. Dies anerkennend sich unter anderem auch darin, daß er von Natur aus mild und heiter geschaffen, seitdem nur schwer zur Regnung der schweren Reaktionsstrafen zu bestimmen war (während der seinem Nachfolger das gerade Gegenteil galt). In jener Sitzung nun trat es sich, daß in der Jüngerin sich drei zehh Todesurtheile angeklammert hatten, aber welche der Justizminister Simons Bericht erstattete. Der König befälligte davon elf. Es war seine letzte Regierungshandlung. Das Gehirnleiden brach wieder aus; das geistige Leben war unanget, und gegen Ende Oktober erschien ein künftiger Erlaß, daß er seinem Väter Wilhelm dem Vingen von Preußen, auf drei Monate die Stellvertretung in den Regierungsgeschäften übertrage.“

Hill Todesurtheile eines Wahnsinnigen seine letzte Regierungshandlung? Herr von Sobel schreibt nicht, ob dieselben auch ausgeführt wurden. Wenn ja, ist es nicht grauenhaft zu denken, daß ein Menschen hingerrichtet wurden, weil ein Wahnsinniger es für gut befand?

Und doch, es waren immerhin elf gerichtliche Verurtheile, Leute, die Verbrechen begangen, die sie außerhalb der menschlichen Gerechtigkeit stellten. Was aber steht heute auf dem Spiel? Die politische Situation in Europa ist so gespannt wie nur möglich, Krieg und Frieden Europas hängen, wie die Olympien nicht müde werden, um zu beschleunigen, „auf des Messers Schneide“. Und Wilhelm II., König von Preußen und Kaiser von Deutschland ist oberster Kriegsherr über das größte Herr, das die Welt kennt. Magt ihn heute sein Ohrenleiden, so alarmiert er irgend ein Regiment, irgend eine Garnison. Und wenn

sein Leiden um sich greift, wenn ihn eines Tages der Schmerz rasend macht, wer bürgt dem deutschen Volk, wer den Völkern Europas dafür, daß er nicht in seiner Verfassung seine ganze Armee alarmiert und einen Krieg entfesselt, der nach der übereinstimmenden Ansicht aller Sachkenner der blutigste, verheerendste sein wird, den die Menschheit je hat über sich ergehen lassen müssen?

Niemand. Erst wenn der Wahnsinn hoffnungslos, entmündigt man Könige. Gegen ihren temporären Wahnsinn gibt es keinen Schutz. Das monarchische Prinzip duldet ihn nicht.

Darum — hoch die Monarchie, hoch das Gottesgnadenthum! Schreit hurrah, Völker, bis Eure Köhlen trocken sind!

— **Amerika.** In Boston hat vorige Woche die vierte Jahreskonvention der großen amerikanischen Gewerkschaftsföderation stattgefunden. In dem Augenblick, da wir dies schreiben, sind wir über den Ausgang und die Beschlüsse der Konferenz noch nicht unterrichtet, dagegen erfahren wir aus den bis jetzt eingelaufenen Berichten, daß die Konvention in großartiger Weise besucht worden ist. Ueber die Bedeutung der Föderation, die stärkste Arbeiterverbindung Amerikas, man kann sagen der Welt, schreibt die New-Yorker „Volkszeitung“:

„In ersterer Hinsicht kommt in Betracht, daß die „Föderation“ alle jene nationalen und internationalen Gewerksverbände umschließt, denen nun jedenfalls Massenhaftigkeit der Mitgliedschaft nicht abbrechen kann. Die an anderer Stelle veröffentlichte Liste der Unions, welche mit dem Zentralvorstand verbunden sind, enthält die Namen von 30 Verbänden, von denen jeder mehr als 20 Lokal-Unions besitzt. Da ist vor Allem die Brotherhood of Carpenters und Joiners zu nennen, die mit 484 Lokal-Unions und 53 240 Mitgliedern aufwartet; da ist ferner die Amalgamated Association of Iron and Steelworkers mit 117 Lokal-Unions und 35 000 Mitgliedern; die Ironmoulders Union of N. A. mit 250 Lokal-Unions und 28 571 Mitgliedern u. s. w. Im Ganzen umfaßt die Mitgliedschaft der Föderation circa 60 Organisationen, vertheilt auf etwa 30 Gewerke, zu denen nach den vorliegenden Angaben 549 461 Personen gehören.“

Mehr als fünfhunderttausend Arbeiter in Reich und Glied! — Wenn erweist diese Thatsache nicht den Gedanken: Welch gewaltige Macht umüberwindliche Macht ist in diesem Riesenkörper!

— Was könnte diese Organisation nicht Alles jetzt schon im Interesse der Arbeiter durchsetzen, sobald nur erst der Geist des proletarischen Befreiungskampfes in ihr lebendig geworden wäre!

Wir wissen es wohl: so weit sind wir noch nicht. Viel, recht viel fehlt noch dazu. Innerhalb der meisten großen Gewerksverbände herrscht noch rabenschwarze Dunkelheit in Bezug auf Erkenntnis des Ziels der Arbeiterbewegung, und auch „in puncto“ Solidaritätsbewusstsein sieht es da und dort noch sehr traurig aus. Das kann nun eben nicht anders sein, so lange als der Sozialismus — die Lehre des Solidaritäts- und Gleichheitswesens — den Massen der amerikanischen Arbeiter überhaupt noch gar nicht bekannt geworden ist. Und so steht die Sache in Wahrheit für ebenso lange, als die amerikanische Arbeiterbewegung noch nicht in der Landessprache über Preorgane verfügt, welche in Inhalt und Verbreitung ihrer Aufgabe genügen. Während wir also in Hinsicht auf das intellektuelle Niveau, auf dem die Massen der „Föderation“ sich zur Zeit befinden, und seiner Mission hingehen, sind wir doch überzeugt, daß eben diese Massen es sind, welche unter dem mächtvollen Antriebe der Thatsachen-Entwicklung, auch in Hinsicht und Charakteristika fortzuschreiten und wachsen müssen, ob sie heute schon wollen oder nicht. Ein vollkommen richtiger Gedanke ist es, der jetzt schon den konservativen Mitgliedern der „Föderation“ vorschwebt: es kommt zunächst darauf an, die Organisation der Arbeiter so weit als möglich allumfassend und samtpflichtig zu machen, und — „das Beltere wird sich finden“. Die New-Yorker Volkszeitung“ hat iteld jede Gelegenheit benützt, um den Standpunkt zu vertreten, daß die Arbeiterbewegung dieses Landes vor Allem in einem großen, gefunden und unerschöpflichen Organisationskörper Fleisch und Blut annehmen muß und daß dann das Erwachen eines geordneten, unerschöpflichen vorwärtsstrebenden Geistes nicht ausbleiben wird. Wir erwarten mit voller Zuversicht, daß die gegenwärtig in Boston tagende Konvention werthvolle Arbeit leisten wird, um das Werk des Ausbaues der Organisation seiner Vollendung näher zu führen.“

Korrespondenzen.

Aus Dänemark. Von der „Deutschen Lesegesellschaft“ in Kopenhagen geht uns über die Differenzen in der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks eine Inkursiv mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu, die wir im Nachstehenden zum Abdruck bringen. Wir haben uns nicht beugen gehalten, inhallische Änderungen vorzunehmen, dagegen haben wir geglaubt, um die Diskussion sowie als möglich auf dem Boden sachlicher Erörterung zu halten, einige heftigere Aeußerungen und Wendungen, die den Einsendern in der Erregung in die Feder gelaufen, ausmerzen zu lassen.

Kopenhagen, 20. Dez. 1889.

Die „Deutsche Lesegesellschaft“, die dem Komitee in der dänischen Arbeiterpartei ans-der-Nähe gefolgt ist, und — wenn auch nicht formell berechtigt ist — so doch prinzipiell verpflichtet zu sein glaubt, Stellung dazu zu nehmen, hat sich in einigen Verammlungen mit dem im „Sozialdemokrat“ bereits gemeldeten Ausschluß der Redaktion des „Arbejderen“ aus der Partei beschäftigt, und in einer Extra-Generalversammlung vom 12. ds. folgende Resolution angenommen, die dem dänischen-Parteiorgan „Sozialdemokraten“ sowie „Arbejderen“ zur Veröffentlichung eingehend, von Ersterem aber noch nicht veröffentlicht worden ist:

„Da die Sozialdemokraten den Sozialismus als höchstes Gut betrachten, über welches ein Jeder wachen muß, der ein wahres Interesse daran hat, daß kein Grundcharakter unversiegt klargelagt wird, so protestirt die Verammlung gegen den Ausschluß der sieben Genossen (Redaktionskommission des „Arbejderen“), die in obigem Sinne gewieset haben, erklärt die Ausstrohung derselben als einen groben Bruch der sozialdemokratischen Prinzipien und für einen Schandstreich in der dänischen Arbeiterbewegung.“

Im Uebrigen unterzeichnen wir die Ausführungen der Redaktion des „Sozialdemokrat“ in No. 50 vollständig. Der Ausschluß stüht sich nicht auf wahrenhafte Handlungen der Ausgeschlossenen, sondern nur auf ganz löse, unbewiesene und darum unzuverlässigere Beschuldigungen. Aus Mangel an wörtlichen Gründen hat man zu den heillosen Mitteln seine Zuflucht genommen. Gerlon Trier z. B. warf das dänische Parteiorgan in einer wenig würdigen, Charakteristil der Opfer vor, daß er eigentlich der Sozialistklasse angehöre, J. Wöller, daß er Deutschler von Geburt sei (.), zwei anderen der Ausgeschlossenen, daß sie früher zum „Kompromittirt“ gehörten und nun radikal geworden seien u. s. w., und danchen seien die mehr oder minder direkt ebrenrührigen Verdächtigungen wie „bezahlte Spitzelgellen der Reaktion“, „revolutionäre Spione“ u. Antworten der Beschuldigten in dänischen Parteiorgan wurden mit zweideutigen Kommentaren versehen oder, wenn sie den Vektoren nicht in den Kram paßten, einfach unterdrückt.

Daß die Opposition dazu nicht schweigen konnte, versteht sich von selbst. Ein Fränlein Signe Andersen, oppositionelles Mitglied des Hauptvorstandes, schrieb im „Arbejderen“ einen mit ihrem Namen unterzeichneten Artikel, worin sie die Leitung der Partei „als Kleinbürgerlich und als auf materielle Vortheile bedacht“ angriff.

Dieser Artikel bot den Leitern der Partei den lange ersehnten Anlaß, einen Schlag gegen die ihnen unbewusst werdende Opposition zu führen. Der Hauptvorstand schloß das genannte Mitglied aus dem Vorstande aus, und stellte die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als gegen die Partei gerichtet dar. Eine Art Weisheit über das ganze Land wurde in Szene gesetzt, um — nicht etwa Fr. Andersen auszustossen, sondern um die vermeintlichen Missgebungen und „Verbreiter“ des betreffenden Artikels aus der Partei auszuschließen.

Das Parteiorgan arbeitet mit Hochdruck, Stimmung zu machen. Tagtäglich erscheinen die unlauberlichen Beschuldigungen gegen die sieben Sündenböcke, und das gewünschte Resultat blieb nicht aus. (Die Stimmzahl wissen die Leiter des „Sozialdemokrat“ bereits, nur ist ein Zerkum unterlaufen, als in Kopenhagen, Zentralabtheilung ohne die andere Abtheilung — das Verhängnis 138 für und 141 gegen war.) Der Ausschluß bedeutet formell noch keine Spaltung der Partei, da

das Gros der Opposition in der Partei-Organisation verbleibt, und sich nicht freiwillig des Rechtes der Kritik begeben will. Ob es die Leiter der Mehrzahl auf das Besteherste ankommen lassen werden, bleibt abzuwarten; das dänische Parteiorgan hat schon darauf hingewiesen, daß die „Revolutionäre“ eine Separatorganisation gebildet hätten, nämlich den „literar-sozialistischen Verein“, der seit dem 1. Oktober die Herausgabe des „Arbejderen“ übernommen hat, um eine wirklich prinzipielle Agitation anzubahnen, die der in den Reihen der heiligen Sozialdemokratie eintreffenden politischen Verhumpfung, der kleinbürgerlichen Auffassung der ökonomischen Entwicklung und dem Schwächen mit Arbeiterstimmen bei Wahlen, das schon wieder voll im Gange ist, wirksam entgegen arbeiten soll.

Wie weit man diesen Verein, der sich außerhalb der Parteiorganisation gebildet hat, als „eine Partei für sich“ auffassen kann, darüber dürften die Meinungen getheilt sein.

Während einstweilen Waffenstillstand herrscht, bricht sich übrigens auch bei den, den internen Parteiangelegenheiten fernher stehenden Genossen die Erkenntniß Bahn, daß der Ausschluß ein unbedachtamer Schritt einer im Autoritätsglauben stehenden org verheerter Menge war und eine grobe Verletzung der sozialdemokratischen Prinzipien bedeutet, die dem Terrorismus in den Schredensagen der großen Revolution sehr ähnlich sieht. Hier wie dort war nämlich eine Vertheidigung der Opfer unmöglich; Vorklänge, dem nächstjährigen Kongreß die Streitfragen zur Schlichtung vorzulegen, wurden bekämpft und verworfen, die „kompakte Majorität“ ließ sich dazu verleiten, die Gebote der gefunden Vernunft bei Seite zu schieben, und das „Schuldig“ wurde ausgesprochen.

Als bezeichnend für die Zusammenfassung der Mehrzahl und als Charakteristik der dänischen Parteiverhältnisse überhaupt ist u. A. das Ansuchen zu erwähnen, daß ein heiliger, freimittler Wählerverein, der zwar in die Parteiorganisation einverleibt ist, aber seinen Namen noch nicht zu einem „sozialistischen“ verändern durfte, „um die freimittler“ Elemente nicht zu verlieren, daß ein solcher Verein über den Ausschluß von wirklichen Sozialisten stimmen dürfte. Freimittler (Elemente) fähigen Sozialisten vom Sozialismus aus, weidh“ ein Hohn!

Derselbe Verein, resp. dessen Leiter, brachten es auch fertig, die Abstimmung ohne alle Diskussion vor sich gehen zu lassen; eine nette Demokratie!

Wie dem auch sei, der Ausschluß wird das Gegenheil bewirken von dem, was er erreichen sollte, und hosenlich zu einer Verjüngung und Neubeloberung der dänischen Parteiverhältnisse beitragen.

Mit sozialdemokratischem Grube
Die deutsche Lesegesellschaft.
D. Jangger.

In unsere Abonnenten.
Mit No. 1 werden alle unsere **Kreuzband-Abonnenten** **geperrt**, sofern bis Erscheinen der No. 2 der Abonnementsbeitrag nicht eingelaunt ist. **Die Expedition.**

Briefkasten

der Expedition: (Schluß zu Bl. 52.) Urania: Ihre Vorschrift v. 21/12 89 wird beachtet. Die Hauptsache Antlangendes folgt br. — Ahnspens: Bl. 51. 15 per Sau, erh. Gelegen. Notizgabe angenehm. Herzl. Grüße und Profit alleits! — Fest: Hoffentlich erfahren wir noch anno 89, ob Sie am Leben, also im Stande sind, den erfragten Betrag endlich zu meiden. — M. K.: Nachr. v. 22/12 89 hier. Hüßig per 90 x. vorgemerkt. — Verein Borussia Bormourne: Am 24/12 und uns die 8 Pfd. v. 21/3 89 endlich abbezahlt u. gutgebracht worden. Reklamirter Auszahlungsbetrag am 28/12 angelangt. Bl. Weiteres. — Bierrot: Dv. u. Bl. zur gleichen Zeit erh. Wie erklären Sie Ihre Vermuthung? — Gg. Sa.: Bl. 4. 60. 11. 1. Ca. erh. — B. Bst.: Bl. 10. 26. 11. u. 2. Ca. u. Stst. erh. Rest per Bst. ds. quittier. Reklamirtes ging mit 46 u. folgt wiederholt. — E. Hm. Brambold: Bl. 1. u. 2. Ca. u. Stst. erh. Hüßig folgt. — Wm. Spnr. Chicago: Bst. 5. 10. 11 (Doll. 27. 01) a. Cto. Bd. u. Stst. erh. Auszug u. folgt br. — Se—Ra: Bl. 17. 80. Bl. per 90 am 27/12 89 erh. — G. H. Kopenhagen: Bst. 2. 18. — (Fr. 72. 90) Ab. 2. u. 3. Ca. erh. Koivirtes erwartet. — Deutsche Lesegesellschaft Kopenhagen: Bst. 1. 8. 9. (Fr. 35. 80) per Stst. erh. Beklage befragt. Gewünshtes folgt baldmöglichst. Erfragtes am 27/12 bl. Hüßig. 2. wird annunciert, sobald verstandfertig. — G. H. B. London: 10 Pfd. a. Cto. Ab. 2. erh. Fortsetzung unerlässlich. — J. W. Bst.: Bl. 5. — Ab. 1. Ca. u. a. Cto. erh. Gewünshtes folgt. — Dr. D. A. G. Ebl.: Bl. 12. — f. Scliefertes erh. — Haupttitel: Bl. 11. Bortlage v. 24/12 geordnet. — W. H. i. Ja.: Bl. 4. — Ab. 1. Ca. u. Stst. erh. Bdg. abg. — Nothor Apostel: Bl. v. 26. am 28/12 beantw. Hoffentl. machen Sie E. die ersehnte Neujahrsgrube. Profit alleits! — Bism: Nr. geordnet u. Bl. 27. 70 per Ggr. gutgebr. Auszug u. Hüßig. x. folgt. — Gläubigen: Geschiedt das 120 y dem, oder weil es bisher ohne Hirpenstos abging? Aus den 8 bis, wird wohl Nichts werden. — Rith u. Kraft: Nachr. vom 29/12 hier. — Danie: Bl. v. 17. am 20/12 beantw. Hüßig. folgt. — Nothe Behme: Auf Anfrage v. 18. am 20/12 Aufsicht fort. Lag an der Juchshand. — Nothe Rämpfer: Nach v. 24. am 28/12 beantw. u. Bl. 12. 10 per Verlage gutgebr. Bravo übrigens. Ann wollen wir sehen, wie Haas weiter läuft. — Onel: Gewünshtes folgt. Bl. am 28/12 Weiteres. — Beldien: Nachr. v. 25. am 27/12 beantw. Seit Jahresfrist trösten Sie uns von einem hohen Festlag zum anderen u. schließlich sind — die Gläubigen — die Dämonen. Also „zu Dfer u.“, so zu Jitern, da bringt der Poole ein Ei und kann er — da nicht kommen, — vielleicht u. a. h. Hüßigen zw. eilt! — Urania: Bl. v. 27. am 30/12 89 beantw. Profit! — Nothe Gerberus: Gut. Werden rechederten wo Fehlendes hängt. — Jben: Hüßig, nach Borschrift vorgemerkt. Gbeno Weiteres. Bl. mehr betr. Fr. — Michel: Schriftbüllig, notiren u. beantw. Weiteres bl. — Rantibus: Bl. u. Pbd. v. 29/12 erh. Erfragtes demnachst. — J. Gb. New York: 11 Pfd. a. Cto. Ab. u. Stst. erh. Hüßig. und Auszug folgt. Gefrag 46 kreuzte mit Bl. — G. G. Gg.: Bl. 5. — Ab. 1. Ca. 90 u. a. Cto. Stst. erh. Began Paris. Abtrhr. II. wenden Sie sich ger. dicit an die auf Umsicht I. bedächtliche Ab. — Sauerkraut: Bl. 10. — a. Cto. Ab. 90 x. erhalten, woran Jhmen noch Bl. 5. 65 unkommod sind. — J. Bred New York: 1. Doll. Ab. 1. u. 2. Ca. 90 erh. Warum nicht in Papiergeld? Dies: Art Anweilung macht wehe Vanserei und Scheuredei. Ausg. folgt. — K. E. G. San Fransisko: Bdg. v. 9. am 30/12 erh. Warum nicht auf Kentish Town Postoffice zahlbar und einfach adressirt G. Bernstein & Co. 114 Kentish Town Road London N. W. Alles Andere macht uns Schererei und Vanserei. Betrag unter Bids. postzell quittier. — G. Radow Hbr: 4 Pfd. u. Cto. Ab. 2. erh. Hüßig. gutgebr. Auszug folgt. — G. W. Paris: Fr. 5. 50 f. Sst. erh. Bdg. abgegangen. — Nothe Kall: Nach v. 29/12 89 u. Notiz betr. G. am 31/12 erh. Goffa erwart. Bl. Weiteres. — Ebdell: Bl. 20 — per Bl. 90 x. bld. erh. — Juchien: Bst. v. 29/12 hier. Bl. 13. 95 per Ggr. gutgebr. Ab. x. not. u. Goffa erwartet. Für Gedichte ist zur Zeit keine Verwendung. — Gaud Wroth: Bl. 200. — a. Cto. Ab. 2. erh. — Mehlener: Bl. 5. — Ab. 1. Ca. u. erh. Hoffentl. streckt sich der Trost nicht allzulang. — Kommas: Bl. kreuzte u. P. H. Hüßig. folgt. Bl. himmt. Wahrscheinl. einmal verdröhren. — G. H. Bst.: Fr. 2. 50 Ab. 1. Ca. erh. — G. Stst. Bst.: Bl. 14. — f. Stst. erh. Bdg. abg. — Vornvorts Bucnos-Ayres: Doll. 26. — erh. u. abh. Hüßig. Doll. 5. 15 a. Cto. Ab. x. dem Wahlsund bds. ausgefolgt. B. A. haben Sie misshandeln, Bl. Hüeres. — M. L. Bst.: Bl. 20. — a. Cto. Ab. 90 x. erhalten.

— D. Schm. Dresden: Bl. 2. — Ab. 4. Ca. erh. — M. G. O'Hroß: Fr. 2. 25 Ab. 4. Ca. erh. — Hkt. Frab.: Fr. 24. — drei Abg. 1880 erh. — B. B. O'Hroß: Fr. 2. — Ab. 1. Ca. erh. — D. S. Bl.: Fr. 49. 50 Ab. 3. Ca. erh. — G. Ebrth. Hüßig.: Fr. 2. — Ab. 1. Ca. erh. —

Die uns zum Jahreswechsel gewordenen G l u k w ü n s c h e erwidern wir hiermit bestens und entbieten zugleich allen den Lustigen ein freundliches G l u k u f und P r o s i t R e u j a h r e !

Der Sozialdemokrat.